

Adam Przeworski

»Warum hungern Kinder, obwohl wir alle ernähren könnten?«

Irrationalität des Kapitalismus – Unmöglichkeit des Sozialismus*

Zusammenfassung: Das Scheitern des sozialistischen Projektes in den osteuropäischen Länder wird von vielen Beobachtern zum Anlaß genommen, die von der sozialistisch-marxistischen Theorie inspirierte Kritik an der Irrationalität des Kapitalismus als verfehlt zurückweisen. Indem gezeigt wird, daß ein solcher Schluß unzulässig ist, wird zugleich das Problem der politischen Unmöglichkeit einer sozialistischen Organisationsweise der Ökonomie aufgeworfen. Die These lautet, daß der Kapitalismus – als Real- wie als Idealtypus – einen höheren Grad an Reformierbarkeit aufweist als die beiden entsprechenden Typen vom Sozialismus.

Einleitung

»Wir könnten doch alle satt machen«, bemerkte meine Tochter zuversichtlich beim Abendessen. Tatsächlich? Was sie gemeint haben muß, ist, daß »wir«, die Menschheit, das technische und organisatorische Potential besitzen, um in nächster Zukunft genug für die Grundbedürfnisse aller Menschen zu produzieren. Doch wir tun das nicht. Stattdessen bezahlen wir Landwirte, damit sie nichts anpflanzen, Winzer, damit sie ihre Ernte in giftige Flüssigkeiten verwandeln und Schäfer, damit sie keine Lämmer züchten. Wir nehmen den Farmern ihre Produkte ab und bauen uns daraus Butterberge, groß wie Skipisten. Und all das, während Millionen hungern.¹ Die Absurdität ist offensichtlich. Doch wir haben gelernt, mit ihr zu leben. Tatsächlich vergeben wir Preise an Leute, die diese Welt, berücksichtigt man »Sachzwänge«, für die wir nichts können, als »rational« bezeichnen. Unter solchen Bedingungen stimmt: Wenn wir es nicht besser machen können, ist es rational, es so gut wie eben möglich zu machen. Aber sind jene Sachzwänge nicht von uns selbst geschaffen?

Diese Frage taucht schon während der industriellen Revolution auf (Elster 1975). Aber meine Generation ist die letzte, die aus guten Gründen noch Vertrauen und Begeisterung spüren konnte für jenes Produkt, das zwischen 1848 und 1891 in Europa geronnen war: Für den Sozialismus als der Vision einer »rationalen Verwaltung der Sachen zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse«. Heute, da die Länder, die den »real existierenden Sozialismus« durchgemacht haben, von marktorientierten

Diese Version der Arbeit profitierte von Kommentaren von Pranab Bardhan, Heiner Ganßmann, Jeong-Hwa Lee, Molly Przeworski, John Roemer und Erik Wright, wie auch von Diskussionen mit Robert Brenner und Jon Elster.

Reformen überzogen werden, ist diese Hoffnung nicht mehr glaubwürdig.² Daher die Frage: Entwertet das Scheitern des Sozialismus die sozialistische Kritik an der Irrationalität des Kapitalismus? Um diese Frage zu untersuchen, gehe ich folgendermaßen vor. Ich definiere zunächst einige Begriffe und kläre die logische Struktur des Problems. Daraufhin diskutiere ich verschiedene Kritiken an Kapitalismus und Sozialismus. Diese Kritiken betreffen (1) Pläne, (2) die Umsetzbarkeit der Pläne, (3) Realitäten und (4) die Reformbarkeit der Realitäten. Mit der Schlußfolgerung kehre ich zur zentralen Frage zurück.

1. Methodologische Vorbemerkungen

Unter »Kapitalismus« verstehe ich ein ökonomisches System, in dem (1) die optimale Arbeitsteilung soweit fortgeschritten ist, daß die meisten Leute für die Bedürfnisse anderer produzieren, (2) die Produktionsmittel und die Arbeitskraft Privateigentum sind und in dem es (3) Märkte für beides gibt. Unter »Sozialismus« verstehe ich ein System, indem (1) die Arbeitsteilung gleichermaßen fortgeschritten ist, (2) die Produktionsmittel öffentliches Eigentum sind und in dem (3), vielleicht mit Ausnahme von Dienstleistungen, die meisten produktiven Ressourcen qua zentralisiertem Kommando ihrer Verwendung zugeführt werden. Andere Formen, ökonomische Systeme zu organisieren, darunter der »Marktsozialismus«, werde ich an einem bestimmten Punkt in die Debatte einführen, aber falls nicht anders erwähnt, gebrauche ich den Term »Sozialismus« i.S. von zentralisiertem Kommando über die Allokation der Ressourcen.

Bevor wir uns ins Thema begeben, brauchen wir einigen Kriterien für gültige Schlußfolgerungen. Die Verfechter des Kapitalismus wie die Verteidiger des Sozialismus benennen oft Defizite des einen Systems als Argumente zugunsten des anderen. Elend und Unterdrückung, wie sie im Kapitalismus weit verbreitet sind, dienen dazu, die Sache des Sozialismus zu stützen; die Schrecken zentraler Planung untermauern die Argumente für den Kapitalismus. Aber solche Schlüsse sind nur unter bestimmten Bedingungen haltbar (Dunn 1984, Kap.1). Zumindest muß alles, was im Kapitalismus (Sozialismus) falsch läuft, im Sozialismus (Kapitalismus) zu reparieren sein: Wenn mit dem einen System etwas nicht stimmt, was in allen denkbaren Systemen nicht stimmt, folgt daraus wenig von Belang. Statt jene Bedingungen aufzulisten, mag es allerdings zunächst überlegenswert sein, warum Vergleiche von Kapitalismus und Sozialismus mit so vielen Schwierigkeiten behaftet sind.

Endogene Präferenzen

Präferenzen für ökonomische Systeme können endogen sein. Im folgenden Schema bedeutet Präferenz IJ: »Ein Individuum, das unter I lebt, zieht es vor, unter J zu leben.«³ Nennen wir die Kombinationen KK und SS »konservativ«, die von SK und KS »revolutionär«. Konservative wie revolutionäre Präferenzen sind endogen.

Präferenzen für ökonomische Systeme

	präferiert	
	Kapitalismus	Sozialismus
Kapitalismus	KK	KS
Eine Person im Sozialismus	SK	SS

Nun haben die Proponenten beider Systeme zuzeiten behauptet, daß konservative Präferenzen unbeachtet bleiben können. Das Argument lautet wie folgt: (1) Menschen, die unter I leben, wollen I nur deshalb, weil sie J nicht besser kennen. (2) Lebten sie unter J, würden sie auch J gegenüber I vorziehen. (3) Deshalb ist die Präferenz für I unter den Bedingungen von I nicht »authentisch«, »gültig« oder nicht »unabhängig«. Leute, die unter sozialistischen Bedingungen den Sozialismus vorziehen, sind Opfer einer »Gehirnwäsche«, wie in psychologischen Untersuchungen behauptet wird, die vom U.S.-Verteidigungsministerium finanziert wurden. Eine Übergangsdiktatur sei gerechtfertigt, weil die Menschen »umerzogen« werden müßten – so lautet das kommunistische Gegenstück.⁴ Schon die bloße Symmetrie dieser Argumente entzieht ihnen den Boden.

Derselbe Einwand der Symmetrie gilt auch für revolutionäre Präferenzen. Obwohl die Legitimität des Kapitalismus in den vergangenen Jahren überall gewachsen ist,⁵ betrachten viele Intellektuelle und Arme den Sozialismus als ein überlegenes ökonomisches System. Auf der anderen Seite votiert im Osten die Mehrheit aller Gruppen, mit Ausnahme der Parteibürokraten und ungelerten Arbeiter, für den Kapitalismus. Mit solchen Präferenzen würden wir uns, wie in Slawomir Mrozek's Theaterstück, im Tango mit jeder neuen Generation vom einen zum anderen System bewegen. Also: Endogene Präferenzen geben keine Grundlage für Systemvergleiche her.

Pläne und Realitäten

Alternativen sind Hoffnungen für Menschen, die leiden. Sie neigen dazu, die Realität ihres Systems mit Entwürfen des alternativen Systems zu vergleichen: rational geplante Ökonomien zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse oder Märkte, die Zukunftsmöglichkeiten eröffnen und Effizienz garantieren. Und während alle ihre eigenen Lebensbedingungen kennen, nehmen die meisten anderen Leute andere Systeme nur aus zweiter Hand wahr. Ich vermute, daß Präferenzen oft deshalb revolutionär sind, weil die Leute dazu neigen, die Realität ihres Systems mit Entwürfen des anderen zu vergleichen.

Mit »Entwurf« meine ich das Modell eines Systems, das in allen Eigenschaften seinen Verfechtern entgegenkommt. Doch ein Argument gegen einen solchen Entwurf kann sein, daß er nicht zu verwirklichen ist: Verfechter des Kapitalismus können zum Bei-

spiel zugeben, daß Sozialismus auf dem Papier dem Kapitalismus auf dem Papier überlegen sei, aber argumentieren, daß einige Annahmen, die dem sozialistischen Modell zugrunde liegen, unrealistisch seien. Da ein Streit über Realisierungsmöglichkeiten kontrafaktische Annahmen erfordert, könnte er unentscheidbar sein. Weil wir dennoch urteilen, werde ich den Ausdruck »umsetzbarer Entwurf« im Sinne eines Systemmodells verwenden, das nur auf jenen Annahmen beruht, die von vernünftigen Opponenten dieses Systems zugestanden werden.⁶

Da nun die Entwürfe jeder Realität überlegen sind, führen Vergleiche mit den Realitäten immer zu endogenen Präferenzen; soviel ist offensichtlich. Mehr noch, wenn sowohl Entwürfe wie Realitäten in das Set an Wahlmöglichkeiten eingehen, können die Präferenzen ziemlich durcheinandergeraten. Ich frage mich, wieviele von uns linken Intellektuellen den sozialistischen Entwurf dem kapitalistischen vorziehen, diesen wiederum der kapitalistischen Wirklichkeit und schließlich diese dem realen Sozialismus. Doch wäre es unrealistisch, zu verlangen, daß Vergleiche nur Entwürfe mit Entwürfen und Realitäten mit Realitäten konfrontieren sollen. Wir sind politische Wesen, und Urteile über Entwürfe berühren die Einschätzung von Realitäten.⁷

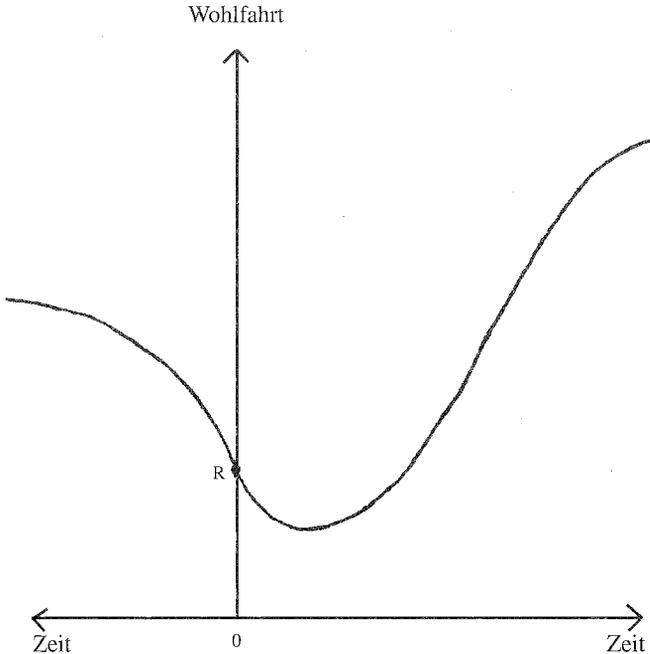
Ein Kriterium, das unsere Urteile besonders beeinflusst, ist das der »besten Praxis« jedes Systems. Wir wissen, daß die Wirklichkeit unendliche Varianten und Abstufungen kennt und daß es wesentliche Unterschiede zwischen den kapitalistischen wie zwischen den sozialistischen Ländern gibt. Der Grund, warum Schweden in Diskussionen um ökonomische Systeme eine so wichtige Rolle spielt, ist, daß es für viele eine Live-Darbietung des Kapitalismus at its best ist. Ein Peruaner mag aus guten Gründen den sozialistischen Entwurf über den kapitalistischen stellen, Schweden gegenüber jeder Inkarnation des »real existierenden Sozialismus« überlegen halten und gleichzeitig Kuba Peru vorziehen.

Übergänge und Reformen

Schließlich müssen wir zwischen globalen und lokalen Präferenzen unterscheiden. Alle gesellschaftlichen Veränderungen haben Kosten, und sei es nur, weil sie Zeit brauchen. In Schaubild 1 mißt die vertikale Achse den Nutzen, den eine Person erwartet und die horizontale Achse die Zeit in gleichförmigen Einheiten ausgehend von der aktuellen Situation R. Die Steigung der Kurve in der Nähe von R zeigt die Änderung des Wohlstandes in unmittelbarer Zukunft an, während die Scheitelpunkte das Maß an Nutzen repräsentieren, das mit der Verwirklichung von Entwürfen zu erlangen ist.

Nehmen wir an, der status quo liege am Abhang des linken Hügels und der rechte Hügel sei höher als der linke. Dann bedeutet ein Gang nach rechts eine vorübergehende Verschlechterung der Lage während der gesamten »Übergangsperiode«. Da dieses »Tal des Übergangs« durchquert werden muß, bevor der höhere Hügel erklommen werden kann, ist der »reformerische« Weg, also den Hügel zu erklimmen, an dessen Sohle man sich noch befindet, dem Übergang in ein anderes System auf kurze Sicht überlegen. Allerdings wäre ein Systemwechsel auf lange Sicht der Reform überlegen.

Schaubild 1



Wenn Menschen mit einem endlichen Zeithorizont in die Zukunft sehen, oder wenn sie ihre künftige Möglichkeiten einschließlich der Risiken abschätzen, kann es sein, daß die Übergangskosten die langfristige Differenz zwischen den Systemen übersteigen. Selbst wenn der rechte Hügel höher ist, könnte der mit dem Übergang insgesamt erzielte Wohlstand niedriger sein als der durch Reformen zu erlangende. In diesem Fall würden die Leute zwar den rechten Hügel vorziehen, wenn sie schon auf dessen Spitze wären. Wenn sie jedoch auf der anderen Seite des Tals sind, bevorzugen sie den linken Hügel. Daher haben sie konservative Präferenzen: Sie bevorzugen das System, in dem sie leben, obwohl sie dessen Entwurf für schlechter halten als den des alternativen Systems.⁸

Klassenbasis der Präferenzen

Es mag aufgefallen sein, daß wir bisher nur die Präferenzen abstrakter Individuen untersucht haben. Nun könnten die individuellen Präferenzen entlang den Bahnen des Eigeninteresses verlaufen; dann brauchen wir den Klassenbegriff. Die wenigen Daten, die wir haben, deuten in der Tat darauf hin, daß die Armen und Intellektuellen im kapitalistischen Süden und die Armen und Bürokraten im sozialistischen Osten zum Sozialismus neigen, während andere Gruppen in beiden Systemen zum Kapitalismus tendieren.⁹ Es mag daher stimmen, daß die Präferenzen dem Eigeninteresse folgen;

sie haben eine Klassenbasis und sind, im Hinblick auf das ökonomische System, in dem die Menschen leben, exogen.

Wahrscheinlich würden alle, wenn wir eins um andere nennen würden, folgenden Kriterien für ein gutes ökonomisches System zustimmen. (1) Es sollte soviel wie möglich von dem produzieren, was die Leute brauchen,¹⁰ (2) mit dem niedrigst möglichen Aufwand an Material und Arbeit, sowie (3) andere Kriterien erfüllen. Um die ersten beiden Kriterien zu erfüllen, braucht eine Ökonomie Mechanismen, die Bedürfnisse offenlegen, zur Wahl von effizienten Produktionsformen führen und die Leute dazu bringen, so gut wie möglich arbeiten zu wollen. Aber diese beiden Kriterien liefern nicht nur eine mögliche Lösung für das Problem der Verteilung des Wohlstandes, sondern eine unbegrenzte Zahl. Effizienz ist bekanntlich mit jeder Form der Verteilung des Reichtums vereinbar.

Wie wir noch sehen werden, liegt die Crux aller Kontroversen zur Rationalität ökonomischer Systeme bei der Frage, ob die ersten beiden Kriterien mit verschiedenen Kandidaten für das dritte vereinbar sind.¹¹ Im Augenblick geht es darum, daß die jeweilige Kombination dieser Kriterien unterschiedliche Auswirkungen auf den Wohlstand von Leuten mit unterschiedlichen Fähigkeiten hat. Falls sie an ihren eigenen Interessen orientiert sind, ziehen jene, die wenig Chancen haben, im Kapitalismus ein hohes Einkommen zu erzielen, den Sozialismus vor;¹² jene, deren Einkommensmöglichkeiten im Sozialismus eingeschränkt sind, wollen den Kapitalismus.

Könnte der Übergang in ein anderes System jemals durch ein einheitliches Votum vollzogen werden? Offensichtlich ja, wenn alle sich vom neuen System eine Verbesserung ihrer Lage versprechen würden.¹³ Solange Individuen nur an ihrem eigenen Wohlstand orientiert sind, müßten zwei Bedingungen erfüllt sein: (1) Das neue System würde produktiver sein und (2) bei der Verteilung des Reichtums im neuen System würden die relativen Differenzen des alten Systems beibehalten. Hinzu kommt, daß die Leute Gerechtigkeitsvorstellungen haben, die sie dazu bringen, bestimmte Verteilungsmechanismen unabhängig von deren Ergebnissen zu bevorzugen. Habermas bemerkt, und neuere Untersuchungsdaten aus Polen bestätigen dies, daß gegenüber Ungleichheiten, die durch Märkte entstehen, mehr Toleranz aufgebracht werden kann als gegenüber Ungleichheiten, die durch als willkürlich empfundene Verwaltungsentscheidungen geschaffen werden.¹⁴ Die Leute werden dann einmütig für ein neues System votieren, das produktiver ist und einige Normen der Gleichheit, Fairness oder Gerechtigkeit erfüllt, die unter dem vorhandenen System verletzt werden. Doch auch wenn Revolutionen mit universalistischen Slogans gemacht werden, verletzen sie irgendwelche Interessen. Daher haben Präferenzen für ökonomische Systeme eine Klassenbasis.

2. Kapitalismus und Sozialismus

Entwertet das Scheitern des Sozialismus die sozialistische Kritik an der Irrationalität des Kapitalismus? Ich versuche, diese Frage anhand von ökonomischen Entwürfen, ihrer Umsetzbarkeit und realer Erfahrungen zu beantworten.

Entwürfe

Sozialistische Kritiken am Kapitalismus sind häufig altbacken, oft inkohärent und manchmal bizarr. Das neunzehnte Jahrhundert ist ihnen auf die Stirn geschrieben. Schon die bloße Vorstellung, daß ein dezentralisiertes soziales System funktionieren könnte, überfordert die Einbildungskraft mancher sozialistischer Kritiker am Kapitalismus.¹⁵ Und sie sind fürchterlich ignorant, wenn sie Argumente für den Kapitalismus einfach vom Tisch wischen. Doch bin ich davon überzeugt, daß das zentrale marxistische Argument gegen die Irrationalität des Kapitalismus so grundlegend wie gültig ist.

Um diese Kritiken auf zeitgemäße Weise zu formulieren, müssen wir den kapitalistischen Entwurf rekonstruieren, d.h., wie gesagt, ein Modell des Kapitalismus, das seinen Proponenten alle Annahmen, mit Ausnahme seiner Umsetzbarkeit, zugesteht. Dieser Entwurf wurde während Marx' letzter Lebensjahre von Walras (1874) und Edgeworth (1881) entwickelt und später durch Pareto (1906), Pignon (1920) und andere reformuliert. Das Modell ist einfach: Individuen wissen, was sie brauchen, sie haben bestimmte Ausstattungen, sie tauschen und produzieren wann immer sie wollen. Im Gleichgewicht will niemand mehr etwas haben, was andere produziert haben (können),¹⁶ oder, anders formuliert, alle Erwartungen der Individuen sind erfüllt. Weiterhin sind im Gleichgewicht alle Märkte geräumt. Daher spiegeln die Preise, zu denen sie tauschen, ihre Präferenzen und relative Knappheiten wider; diese Preise informieren sie über die anderen Tauschmöglichkeiten, auf die sie verzichten. Im Ergebnis werden die Ressourcen so verwandt, daß alle möglichen Gewinne aus dem Handel ausgeschöpft sind, es kann keiner gewinnen, ohne daß ein anderer verliert, und die Verteilung des Reichtums würde durch kein einstimmiges Votum geändert werden können: Dies sind drei äquivalente Definitionen kollektiver Rationalität (i.S. der Pareto-Optimalität).¹⁷ Vernünftige marxistische Kritiken an diesem Modell laufen alle auf die Aussage hinaus, daß der Kapitalismus zu »Verschwendung« führe.¹⁸ Allerdings liefern sie unterschiedliche Begründungen: (1) Die »Anarchie« der kapitalistischen Produktion, (2) der »Widerspruch« zwischen individueller und kollektiver Rationalität und (3) der »Widerspruch« zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Hinzu kommt, daß mit »Verschwendung« in allen drei Erklärungen etwas anderes gemeint ist: Anarchie führt zur Verschwendung vorhandener Fähigkeiten und von schon produzierten Waren, während die beiden anderen Widersprüche zur Verschwendung von Möglichkeiten führen.¹⁹ Meiner Ansicht nach betrifft die erstgenannte Kritik die Umsetzbarkeit, nicht den Plan selbst, der zweiten Kritik mangeln einige wichtige Unterscheidungen; sobald diese getroffen sind, geht sie ins Leere. Die dritte Kritik ist gegen den Entwurf gerichtet, gültig und tödlich.

Das Anarchieargument zielt auf die Möglichkeit eines kostenlosen Einklinkens in einen (Gleichgewichts-) Zustand, in dem die Erwartungen, unter denen einzelne Akteure ihre Entscheidungen treffen, simultan erfüllt sind.²⁰ Dies könnte unmöglich sein, entweder weil dezentralisierte Ökonomien nie im Gleichgewicht sind, oder weil es nur graduelle Annäherungen gibt. Marx selbst scheint bei ersterem geschwankt zu

haben, war aber von der zweiten Überlegung fest überzeugt. Zwar gestand er zu, daß kapitalistische Märkte manchmal, allerdings nur aus Zufall, geräumt werden.²¹ Er schuf eine sorgfältig ausgearbeitete Krisentheorie der Überproduktion und Unterkonsumtion, die zur Hauptstütze seiner Nachfolger geworden ist. In diesen Krisen liegen Kapital und Arbeit brach, und die Gütermärkte werden geräumt. Es geht hier also um die Verschwendung schon vorhandener Produktionsfaktoren und Waren. Das ist ein kompliziertes Problem, aber ich glaube, daß es eher die Frage der Umsetzbarkeit denn das Modell selbst betrifft.²²

Die Behauptung, daß unter kapitalistischen Verhältnissen individuell rationale Handlungen zu kollektiver Irrationalität führen, bringt zwei Situationen durcheinander. Im Hinblick auf die erste ist sie falsch, bezüglich der zweiten führt sie fehl. Marx war der Auffassung, daß die einzelnen Unternehmen durch die Konkurrenz gezwungen werden, so zu investieren, daß die einheitliche, damit auch ihre eigene, Profitrate fällt.²³ Inzwischen ist gezeigt worden, daß genau dieses Argument falsch ist. Allgemein: Wenn es rivalisierenden Konsum, keine externen Effekte, keine zunehmenden Skalenerträge und keine Kurzsichtigkeit der Akteure gibt, gibt es auch keinen Konflikt zwischen individueller und kollektiver Rationalität. Die Allokation des Reichtums als Resultat des uneingeschränkten Tauschs zwischen individuellen Akteuren ist im oben zitierten Sinne kollektiv rational. Nur wenn eine dieser Annahmen verletzt ist, weicht die individuelle Rationalität von der kollektiven ab.

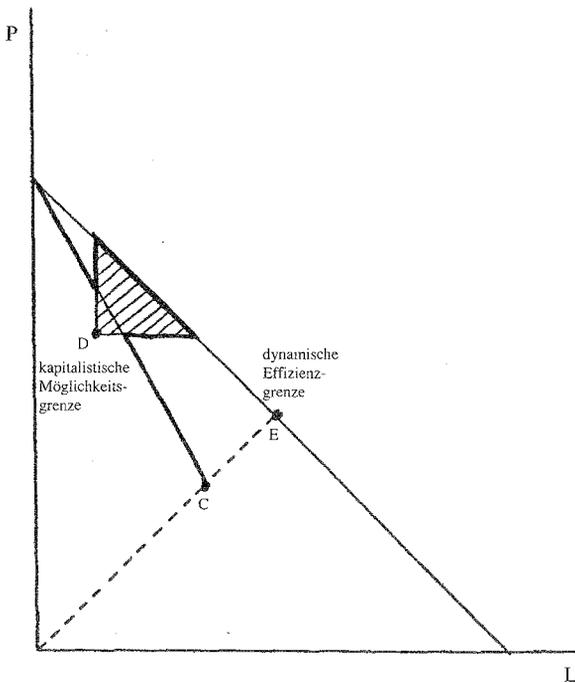
In realen Ökonomien sind diese Voraussetzungen nicht gegeben: darüber besteht Einigkeit. Aber das heißt nur, daß jedes vernünftige theoretische Modell des Kapitalismus in irgendeiner Form mit der Situation rechnen muß, in denen individuelle und soziale Erträge auseinanderfallen, und nach der von Pigou ausgelösten Debatte behandeln alle Modelle diese Situation. Eine Möglichkeit ist, korrektive fiskalische Interventionsmechanismen einzuführen, eine andere, Eigentumsrechte zurückzuübertragen. Von daher gesehen sollten selbst im Kapitalismus die Märkte nur das bewerkstelligen, was sie gut leisten, und der Staat müßte dort eingreifen, wo die Märkte scheitern (vgl. Arrow 1971). Dies tröstet viele Marxisten, die freudig bemerken, daß der Kapitalismus nicht ohne staatliche Intervention auskommt. In Wirklichkeit aber wird die marxistische Kritik dadurch abgestumpft: Der Kapitalismus ist nicht mehr oder weniger fähig als der Sozialismus, mit allen Situationen klarzukommen, in denen die gesellschaftliche Ertragsrate von der privaten abweicht.²⁴

Nachdem wir das Unterholz weggeräumt haben, sind wir bei der Behauptung angelangt, daß der Kapitalismus zu einer systematischen Unterauslastung des produktiven Potentials führt. Weil der »Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen« Gegenstand einer riesigen Literatur ist, die sich in jüngster Zeit vor allem mit G.A. Cohens meisterhafter Rekonstruktion der Marxschen Geschichtstheorie befaßte, und da der Gedanke, den ich vortragen will, recht kurz ist, scheue ich davor zurück, andere begriffliche Fassungen dieses Widerspruchs zu diskutieren.

Meine Version dieses Arguments behauptet, daß der Kapitalismus irrational ist, weil er einige technisch mögliche Verteilungsmuster des Reichtums nicht bewerkstelligen

kann. Wir mögen es auch wollen, und doch könnte es sein, daß wir unter kapitalistischen Verhältnissen dazu nicht in der Lage sind. Hier ist das Argument: Denken wir uns eine Ökonomie mit zwei Akteuren, P und L. Wenn der Output nicht abhängt von den Ertragsraten auf den Einsatz der produktiven Ressourcen, die von den beiden Akteuren kontrolliert werden, ist bei einem gegebenen Stand der Technologie jede Form der Verteilung des Reichtums, der aus diesem Output besteht, auf die beiden Akteure möglich. Diese Verteilungsmöglichkeiten sind in Schaubild 2 auf der Linie mit der Steigung -1 abgetragen. Eine genau egalitäre Verteilung wird repräsentiert durch den Schnittpunkt E dieser äußersten Möglichkeitsgrenze mit der Geraden, die vom Nullpunkt im Winkel von 45 Grad ausgeht.

Schaubild 2



Nun ist im Kapitalismus einer dieser Akteure der Profitbezieher, der andere der Lohnabhängige, und der Output hängt ab vom Ertrag der eingesetzten Ressourcen. Im Kapitalismus sind diese Ressourcen – Kapital und Arbeitskraft – Privateigentum und die Akteure entscheiden, ob und wie sie eingesetzt werden, orientieren sich an ihren Eigeninteressen. Privateigentum bedeutet, daß die Eigentümer das Recht haben, ihre Ressourcen nicht produktiv anzuwenden, wenn sie keine angemessene Gewinnrate erwarten. Wie Aumann und Kurz (1977: 1139) es formulieren, kann »jeder Akteur, wenn er will, einen Teil oder alle seine Ausstattungen zerstören.«

Nehmen wir an, daß die Ressourcen – der Kapitalstock und die Fähigkeit, Arbeit einer bestimmten Art zu verrichten – ursprünglich auf eine Weise verteilt sind, wie sie durch Punkt D in Schaubild 2 repräsentiert wird. Wenn die beiden Akteure nur innerhalb des Dreiecks Handel treiben, das gegenüber der ursprünglichen Verteilung paretoüberlegen ist, werden sie, da sie ihre Ausstattungen in vollem Umfang anwenden, an der äußeren Möglichkeitsgrenze anlangen. Aber nehmen wir an, die Lohnabhängigen haben Marktmacht oder die Regierung besteuert die Profitbezieher und transferiert das Steueraufkommen zu den Lohnabhängigen, um den Reichtum gleich zu verteilen, so daß ein Punkt auf der 45-Grad-Linie erreicht wird. Dann werden die Profitbezieher ihre Ausstattung nicht voll auslasten, und das Resultat wird durch Punkt C auf der inneren kapitalistischen Möglichkeitsgrenze angezeigt. Nur wenn die ursprüngliche Verteilung der Ressourcen gleich ist, kann der Punkt E im Kapitalismus erreicht werden. Wenn die Endverteilung des Reichtums von der Verteilung abweicht, die durch konkurrenzbestimmte Märkte generiert würde, fällt also die Möglichkeitsgrenze steiler als mit der Rate -1. Der Profitbezieher wird seine Ressourcen dann und nur dann völlig ausschöpfen, wenn er alle Erträge bekommt, die über die Subsistenzfordernisse (oder das Grenzprodukt) des Lohnarbeiters hinausgehen. Wenn nicht, wird er beim Einsatz seiner Mittel zurückhaltender sein, die Ressourcen werden nicht ausgelastet und der Kapitalismus führt zu einer ineffizienten, d.h. kollektiv irrationalen Allokation von Gütern. Wenn D die ursprüngliche Verteilung markiert, kann im Kapitalismus kein Punkt auf der äußeren Grenze erreicht werden, der außerhalb des paretoüberlegenen Abschnitts liegt.

Nehmen wir an, daß wir die schon produzierte Nahrung an die Armen verteilen, anstatt sie wegzuerwerfen. Dann würde der Preis für Nahrungsmittel fallen, die Farmer würden weniger Gewinn machen und weniger produzieren. Mehr noch, einige Leute, die für sich selbst Nahrungsmittel produzieren, würden es profitabler finden, etwas anderes zu tun und zu versuchen, Nahrung umsonst zu bekommen. Oder nehmen wir an, wir bezahlen Farmer dafür, daß sie produzieren, subventionieren Lebensmittelpreise aus Steuermitteln und verteilen die Nahrung an die Armen. Dann würde die Profitrate in der gesamten Ökonomie fallen und die Produktion anderer Güter zurückgehen. Tatsächlich tun wir etwas von beidem, aus Mitleid oder anderen Beweggründen. Aber im Kapitalismus tun wir dies um den Preis, daß der Output unter das potentielle Niveau fällt.

Der Kapitalismus ist daher in dem Sinne irrational, daß wir unter diesem System nicht das ganze produktive Potential nutzen können, ohne jene zu belohnen, die die Produktionsbedingungen kontrollieren. Selbst wenn wir dem kapitalistischen Modell alle Prämissen zu seinen Gunsten zugestehen, entdecken wir, daß bestimmte, technisch mögliche Verteilungsmuster des Reichtums in diesem System nicht zu realisieren sind.²⁵ Diane Elson (in diesem Heft) faßt dies treffend mit der Formel, daß im Kapitalismus »die Wahlmöglichkeit im Kleinen nicht zur Wahlmöglichkeit im Großen führt«: Individuen können wählen, aber die Gesellschaft als ganze kann es nicht. Aber warum Individuen und Gesellschaft gegeneinandersetzen: Ist nicht die Wahl »der Gesellschaft« dasselbe wie die Wahl der konkurrierenden Individuen? Die

Rechtfertigung für die Behauptung, der Kapitalismus sei irrational, rührt von dem Umstand her, daß die Individuen gleichzeitig Marktteilnehmer und Bürger sind. Die Allokation von Ressourcen, die sie als Bürger bevorzugen, fällt im allgemeinen nicht mit der zusammen, zu der sie qua Markthandeln gelangen. Der Kapitalismus ist ein System, in dem knappe Ressourcen sich in Privateigentum befinden. Aber im Kapitalismus ist Eigentum institutionell von Autorität abgegrenzt. Das heißt, daß es zwei Mechanismen gibt, über die Ressourcen für den Gebrauch bereitgestellt und zwischen den Haushalten verteilt werden: Markt und Staat. Der Markt ist ein Mechanismus, über den Individuen mittels der Ressourcen, die sie schon besitzen, für eine bestimmte Verteilung optieren, wobei diese Ressourcen immer ungleich verteilt sind. Die Demokratie ist ein System, über das Leute ihre Präferenzen für eine bestimmte Zuteilung von Ressourcen, die sie nicht besitzen, ausdrücken können, wobei die Rechte gleich verteilt sind. Daher führen die beiden Mechanismen nur durch einen glücklichen Zufall zum selben Ergebnis. Tatsächlich müssen die marktgenerierte Verteilung von Konsumchancen und die von den Bürgern präferierte deshalb auseinanderfallen, weil die Demokratie jenen, die aufgrund der Ausgangsverteilung arm, unterdrückt oder in einer anderen elenden Lage sind, die Möglichkeit gibt, sich via Staat Linderung zu verschaffen.

Wenn »das Volk«, im Singular des achtzehnten Jahrhunderts, souverän ist, hat es Präferenzen für die Allokation und Verteilung von Ressourcen, die sich nicht mit den marktbedingten Resultaten decken. Dieses Präferenzmuster kann nicht realisiert werden, wenn die Produktionsmittel in Privatbesitz sind und dezentral gesteuert werden. Selbst wenn die Individuen als Bürger ihre kollektiven Präferenzen für ein bestimmtes Allokationsmuster zum Ausdruck bringen und alle entsprechenden materiellen Voraussetzungen vorhanden sind, ist das auf demokratischem Weg ausgewählte Allokationsmuster im Kapitalismus nicht realisierbar.

Bedeutet diese Kritik am Kapitalismus, daß die äußere Möglichkeitsgrenze erreichbar wäre, wenn die Ressourcen rational, auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten, zur Verwendung kommen würden – wie im sozialistischen Modell? Könnten wir den Punkt E, nämlich die volle Auslastung des produktiven Potentials und die egalitäre Verteilung des Reichtums erreichen? Mir ist keine Kritik des sozialistischen Modells bekannt, die diese Möglichkeit abstreiten würde. Wenn die Individuen ihre Bedürfnisse und ihre produktiven Möglichkeiten wahrhaftig offenlegen würden, wenn sie unabhängig von der Entlohnung ihre ganze Leistungskraft aufbieten würden, wenn die Planer sich als perfekte Agenturen verhalten würden und sie die Probleme der optimalen Allokation lösen könnten, würde der Sozialismus all die wunderbaren Ergebnisse zeitigen, die seine Proponenten anpreisen.²⁶ Aber all dies heißt nur, daß vernünftige Kritiken des Sozialismus nicht gegen seinen Entwurf gerichtet sind, sondern gegen dessen Realisierbarkeit und gegen seine realen Erscheinungsformen.

Realisierbarkeit

Die Debatten über die Realisierbarkeit von Modellen sind hitziger, weil sie unvermeidlich weniger entscheidbar sind. Sind die Vorannahmen einmal zugestanden, erfordern die Diskussionen über theoretische Modelle nur noch logische Schlüsse. Aber Verdikte über Realisierbarkeit erfordern bewertende Urteile. Sie lassen daher mehr Raum für Meinungsstreit.

Es gibt drei sozialistische Angriffslinien gegen die Realisierbarkeit des kapitalistischen Modells: (1) Es kann keinen Kapitalismus ohne staatliche Intervention geben, (2) der Kapitalismus kann nie, oder nur mit großen Kosten, das Gleichgewicht erreichen, dem seine Verteidiger alle Meriten zuschreiben, und (3) der Kapitalismus ist selbstzerstörend, da er zwangsläufig zur Monopolbildung führt. Ich habe den ersten Punkt oben erörtert: Ich glaube, er kann mit einem »Na und?« erledigt werden. Der zweite Punkt ist äußerst komplex und jenseits meiner Kompetenz. Die Herstellung des Gleichgewichts und die darin involvierten Erwartungen sind in der Ökonomie Anlaß zu den hitzigsten Debatten. Schon die Frage nach einem plausiblen Gleichgewichtsbegriff ist völlig offen und niemand hat bisher eine zufriedenstellende Erklärung der Herstellung des Gleichgewichts.²⁷ Die Vorstellung, Märkte seien ständig in einem konkurrenzbedingten Gleichgewicht, ist schwer aufrechtzuerhalten; die Behauptung, daß Anpassungsprozesse Verschwendung mit sich bringen, scheint sehr plausibel. Schließlich ist das Argument, daß konkurrenzgesteuerte Märkte selbstdestruktiv sind, offensichtlich in gewissem Ausmaß triftig, nicht offensichtlich aber ist, in welchem Maß.

Wenn ich diese Behauptungen nur beiläufig diskutiere, so nicht deshalb, weil ich sie für unwichtig hielte, sondern nur weil sie wenig zur zentralen Frage beizutragen scheinen. Wenn das kapitalistische Modell nicht umsetzbar ist, könnte der Kapitalismus nicht einmal dazu in der Lage sein, einzulösen, was er tatsächlich verspricht. Aber die Schärfe der sozialistischen Kritik am Kapitalismus richtet sich aus meiner Sicht gegen das Modell selbst, gegen seine denkbar idealste Realisierungsform. Sozialisten würden den Kapitalismus selbst dann verwerfen, wenn dieses System sein ganzes Potential verwirklichen könnte. Daher spielen die Argumente gegen die Möglichkeit eines permanenten Konkurrenzgleichgewichts in der sozialistischen Kritik nur eine untergeordnete Rolle.²⁸

Argumente gegen seine Verwirklichungsmöglichkeit dagegen treffen den Sozialismus empfindlich. Formulieren wir zuerst noch einmal das sozialistische Modell. Das Problem für den Planer besteht darin, die Ressourcen so für die Produktion bereitzustellen, daß die Individuen in den Genuß eines Maximums an Konsumchancen und Freizeit kommen. Dabei wird vorausgesetzt, daß sie privates Wissen über ihre Bedürfnisse und produktiven Fähigkeiten besitzen. Die Lösung des Planungsproblems ist die Ressourcenallokation, die zu der Verteilung von Konsumchancen und Freizeit führt, die den Wohlstand maximiert.

Die Kritik an der Möglichkeit des Sozialismus fällt in zwei Kategorien: (1) Selbst wenn die Planer richtige Informationen hätten, würden sie aufgrund der überwälti-

genden Komplexität des Problems nicht damit fertig werden. (2) Wenn die Individuen an ihren eigenen Interessen orientiert sind, legen sie entweder ihre Nutzen- oder ihre Produktionsfunktion nicht wahrheitsgemäß offen und die Planer orientieren sich nicht am allgemeinen Wohlstand.

Die »sozialistische Planungsdebatte« hat ihre eigene Geschichte. Ich will sie hier nicht zusammenfassen. Die Behauptung, die Planer würden notwendig schon durch die bloße Komplexität des Problems überfordert, bedeutet im neoklassischen Rahmen etwas anderes als im österreichischen Ansatz.²⁹ Und selbst wenn das Planungsproblem im Prinzip gelöst werden kann, bleibt die Aufgabe gewaltig: Sowjetische Ökonomen stehen vor dem Problem, daß im reformierten Preissystem zwischen 1 500 und 2 000 Preise von Basisprodukten durch den Gosplan festgelegt werden, weitere 20-30 000 Preise werden durch spezialisierte Agenturen verwaltet und der Rest wird durch Verträge zwischen Anbietern und Nachfragern bestimmt (Petrakov/Yassine 1988). Es ist schwer, sich vorzustellen, wie so viele Preise richtig aufeinander abgestimmt werden können, selbst unter Zuhilfenahme des Langeschen Tatonnements und von Computern.³⁰

Selbst wenn die Planer die Kalkulationsprobleme lösen können, hängt die Möglichkeit des Sozialismus von der Voraussetzung ab, daß die Individuen, sobald sie Mit-eigentümer des produktiven Reichtums sind, in ihrem Handeln aus eigenem Antrieb zum allgemeinen Wohlstand beitragen.³¹ Dies heißt insbesondere, daß alle Individuen die Hierarchie ihrer Bedürfnisse und ihre produktiven Fähigkeiten wahrheitsgemäß gegenüber dem Planer offenlegen. Die Planer wiederum würden als perfekte Vertreter des öffentlichen Interesses handeln. Schließlich würden die Einzelnen, sobald der Planer sie ihnen zugewiesen hätte, ihre Aufträge ohne äußere Überwachung nach ihren besten Möglichkeiten ausführen.

Keine dieser Erwartungen wurde in den real existierenden Sozialismen erfüllt. Aber dies mag deshalb kein entscheidendes Argument sein, weil leicht zu behaupten ist, daß die nicht-demokratische Form der ökonomischen Entscheidungsfindung in den sozialistischen Ländern gerade den Gedanken des gesellschaftlichen Eigentums zunichte gemacht habe.³² Allerdings ist klar, daß dieser Gedanke das Trittbrettfahrerproblem unterschlägt. »Das Eigentum aller Menschen (Staatseigentum), die Hauptform gesellschaftlichen Eigentums«, wie es in der Sowjetunion kanonisch heißt, könnte niemandes Eigentum sein. In einer bahnbrechenden Analyse hat Anatoli Boutenko (1988) jüngst ausgeführt, daß die einzelnen unmittelbaren Produzenten nicht Eigentümer der Produktionsmittel sind, sondern nur Miteigentümer qua Mitgliedschaft in einer Organisation, die das Gemeineigentum verwaltet. Diese Tatsache hat einige Konsequenzen. Zunächst ist »sich selbst zu bestehen« individuell rational, da der privat angeeignete Anteil (oder die nicht geleistete Arbeit) größer ist als der Anteil des Individuums am gemeinsamen Verlust. Weiterhin zeigt Boutenko in einer an Korsch erinnernden Analyse, daß die Nationalisierung der Produktionsmittel keine hinreichende Bedingung für ihre Vergesellschaftung ist, da die Rolle des Individuums als Mit-Produzent nur über die weite Distanz des gesamten ökonomischen und politischen Systems mit seiner Rolle als Mit-Eigentümer verknüpft ist.

Wenn die Individuen auch dann eigennützig sind, wenn sie den produktiven Reichtum mitbesitzen, melden sie gegenüber dem Planer mehr Bedürfnisse und weniger produktive Fähigkeiten an, als sie tatsächlich haben.³³ Der Planer ist daher falsch informiert. Außerdem könnten die Einzelnen in der Produktion mit ihrer Leistung zurückhalten. Wenn schließlich die Planer eigennützig sind und nicht untereinander konkurrieren,³⁴ verhalten sie sich wie Bürokraten, was heißt, mit Noves Lieblingszitat aus Trotzki, »sie vergessen nie sich selbst, wenn sie etwas zu verteilen haben.« In der Folge des grundlegenden Aufsatzes von Leo Hurwicz hat es mehrere Versuche gegeben, einen Mechanismus zu erfinden, der den Planer mit richtigen Informationen versorgen würde, selbst wenn man eigennützige Individuen voraussetzt, deren Wissen privat ist.³⁵ Doch sind all diese Mechanismen entweder zu komplex für die Praxis, oder sie verletzen eine der Grundannahmen.³⁶ Daher müssen bis heute die Argumente für die Realisierbarkeit des Sozialismus auf der Annahme beruhen, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel die Individuen dazu bringt, sozialistische Präferenzen zu entfalten. Diese Annahme ist unrealistisch. Da kollektives Eigentum Trittbrettfahrerprobleme mit sich bringt, ist die Hoffnung, es würde zur Änderung von Präferenzmustern führen, nur schwach. Fakt ist, daß der Preismechanismus bis heute der einzig bekannte praktikable Mechanismus ist, vermittels dessen die Leute sich über ihre Bedürfnisse und Kapazitäten informieren können. Dieser Mechanismus funktioniert nur, wenn die Individuen die Folgen ihrer Entscheidungen anhand ihres materiellen Wohlstandes zu spüren bekommen. Daher ist der Sozialismus unmöglich.

Wenn die Planer desinformiert und eigennützig sind und die unmittelbaren Produzenten sich drücken, kann der Output geringer sein als der, bei einem beliebigen Verteilungsmuster, im Kapitalismus produzierte. Der sozialistische Output kann unterhalb der kapitalistischen Produktionsmöglichkeiten liegen: Wir könnten nicht in der Lage sein, alle zu ernähren, weil wir nicht genug produzieren.

Realitäten

Ob das sozialistische oder das kapitalistische Modell in der Praxis erfolgreicher war, ist fast unmöglich zu entscheiden: Die Diskrepanzen zwischen den Berechnungskonventionen und -größen, mit denen verschiedene Outputs aggregiert werden, die Disparitäten bei der Verwendung von Inputs, die Differenzen bei den Ausgangspositionen und relativen Vorteilen machen solche Urteile fast bedeutungslos. Detaillierte Vergleiche bestimmter Aspekte ökonomischer Leistung und materiellen Wohlstands führen zu Urteilen, die von der beobachteten Dimension und Zeitperiode abhängen.³⁷ Es gibt nicht einmal gute Gründe für die Behauptung, kapitalistische Ökonomien seien zwar effizienter, aber sozialistische Systeme seien überlegen, sobald es um Arbeitsplatzsicherheit, Gleichheit und materielle Sicherheit geht. Einerseits stehen auf lange Sicht die aggregierten Wachstumsraten der sozialistischen Länder denen der am schnellsten wachsenden kapitalistischen Ökonomien nicht nach. Sogar heute wächst die sowjetische Ökonomie, von der behauptet wird, sie sei in den Fängen einer noch nie dagewesenen Krise, schneller als die der Vereinigten Staaten, die mitten im

Boom sind. Andererseits gibt es immer mehr Beobachtungsmaterial zur Einkommensungleichheit in der Sowjetunion und Osteuropa und deutlichere Hinweise auf den Verfall sozialer Sicherungssysteme.³⁸

Geht man davon aus, daß das systematische Beobachtungsmaterial keine Grundlage für selbst vorsichtigste Urteile bietet, ist der Konsens, daß das sozialistische Modell einfach gescheitert sei, verblüffend. Und dieser Konsens ist weitverbreitet: Die Nationalisierung der Produktionsmittel stachelt keine sozialistischen Bewegungen im Westen und nicht einmal im kapitalistischen Süden mehr an, während in mehreren osteuropäischen Ländern die zentrale Planung völlig diskreditiert ist. Das Gefühl der Verarmung ist akut, aber die Erfahrung des Elends ist nicht auf sozialistische Länder beschränkt: Beeindruckend ist, daß in Brasilien die Menschen ihre Armut als Resultat sozialer Ungerechtigkeit sehen, während in Polen einer Umfrage zufolge die Armut der Irrationalität des sozialistischen Systems zugerechnet wird.³⁹

Eine Erklärung dieses Rätsels ist, daß die verfügbaren Zahlen die Leistungsfähigkeit des Sozialismus systematisch überschätzen. Die Input-Output-Struktur sozialistischer Ökonomien ist ineffizient; Sie verbrauchen 1,8 mal mehr Energie und die doppelte Menge an Stahl im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern, um eine Output-einheit zu produzieren.⁴⁰ An Anekdoten über irrationale Verhältnisse gibt es keinen Mangel: Die Hälfte des Agrarproduktes der Sowjetunion soll verloren gehen, bevor es den Verbrauchermarkt erreicht; im Winter machen sich Kinder einen Spaß daraus, die Berge nicht abgeholter Düngemittel hinabzuschlittern, mit denen die Bahnstationen umgeben sind; der Wert der Güter, die in tschechischen Läden fast verschenkt werden, ohne daß sie jemand haben will, ist gleich dem ökonomischen Wachstum der letzten beiden Jahre; das Input/Output-Verhältnis in ungarischen Fabriken ist fünfmal höher als im Westen; und so weiter. Indikatoren für Sozialstaatlichkeit sind ebenfalls verwirrend: Sozialistische Länder haben eine wachsende Zahl von Ärzten pro Kopf, zunehmende Akademikerquoten, bauen mehr Wohnungen, aber gleichzeitig sinken die Lebenserwartung der Bevölkerung, die Arbeitsproduktivität und die Wohnqualität.

Das wohl heikelste Problem beim Vergleich der Leistungen sozialistischer und kapitalistischer Ökonomien ist die Frage des Maßstabs. Im Vergleich zu welchen Ländern sollte der Fortschritt in der Sowjetunion, Polen oder China gemessen werden? Chruschtschow noch wollte Großbritannien übertreffen, und viele Vergleiche stellt die Sowjetunion den Vereinigten Staaten gegenüber, mit denen sie militärisch konkurriert. Heute betrachten viele sowjetische und westliche Beobachter die Sowjetunion als ein Dritte-Welt-Land. Doch Osteuropa ist Teil Europas: Der Bezug auf den entwickelten kapitalistischen Westen ist durch dessen täglich in den Medien demonstrierten Lebensstandard und durch die Erfahrung von Westreisenden unausweichlich geworden. Dieser Vergleich ist verheerend und schmerzlich. Warum kann Polen nicht wie Schweden sein?: Ich glaube, dies ist die Frage, die mit dem »ökonomischen System« beantwortet wird.

Schließlich muß man enttäuschte Erwartungen in Betracht ziehen. Der Stalinismus stopfte die Köpfe bis zum Überdruß mit Entwicklungsversprechungen voll: Als ich

in Polen aufwuchs, war jede Wand vollgepflastert mit dicken roten Wachstumskurven, die immer höher in die »strahlende Zukunft« (Sinowjew) kletterten. Der Sozialismus würde die Natur besiegen. Er würde Dämme für und gegen alles mögliche bauen, Stahlwerke und höhere Wolkenkratzer als der Kapitalismus. Er würde die Gesellschaften ins Reich der Ordnung und der Vernunft führen. Aber die Natur schlug zurück: Die schlimmste ökologische Katastrophe Europas herrscht heute im Grenzgebiet zwischen Polen, der Tschechoslowakei und der DDR. »Gewaltiger«, so stellte sich heraus, waren auch die Fehler: Nach der intensiven Bewässerung der Ukraine sank der Hektarertrag, weil der Boden mit Salz vergiftet wurde.⁴¹ Die Irrationalität ist so durchgängig, daß die Menschen den größten Teil ihres Alltagslebens damit verbringen, sich mit ihr herumzuschlagen.

Es gibt also gute Gründe dafür, daß die subjektiven Wahrnehmungen ein anderes Bild vermitteln als die aggregierten Zahlen. Am wichtigsten ist, daß weder Kapitalismus noch Sozialismus in der Lage waren, die Armut abzuschaffen. Auch ist es keinem System gelungen, eine autarke Wachstumsdynamik zu etablieren.

Die Nachkriegserfahrungen Osteuropas und mehrerer Länder des kapitalistischen Südens bilden zwei unterschiedliche Versuche, die Unterentwicklung zu überwinden und ökonomische Unabhängigkeit zu erlangen. Das osteuropäische Modell war durch staatliches Eigentum der produktiven Ressourcen, eine zentralisierte Form der Allokation und eine autarke Entwicklungsstrategie, die von der Investitionsgüterindustrie angetrieben wurde, gekennzeichnet. Das lateinamerikanische Muster, oft als »abhängige kapitalistische Entwicklung« bezeichnet, beruht auf Privateigentum, einer aktiven Rolle des Staates und einer anständigen Dosis Protektionismus nach dem Strickmuster der Industrialisierung durch Importsubstitution.

Beide Strategien sind eine ganze Zeit lang erfolgreich gewesen, und mehrere Länder haben eine beträchtliche industrielle Basis aufgebaut. Von 1960 bis 1980 ist das Brutto sozialprodukt lateinamerikanischer Länder im Jahresdurchschnitt um 5,2 Prozent gestiegen, in Osteuropa waren es über 6 Prozent. Manche Länder hatten zeitweise zweistellige Wachstumsraten aufzuweisen.

Heute ist allerdings offensichtlich, daß diese Entwicklung sowohl im kapitalistischen Süden wie im sozialistischen Osten in den späten siebziger Jahren zusammengebrochen ist. Zwischen 1980 und 1985 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate in Lateinamerika 0,0 Prozent. Im selben Zeitraum hatten die osteuropäischen Länder, die Daten an den IWF liefern, ein durchschnittliches Wachstum von 1 Prozent. In einigen Ländern ist der Pro-Kopf-Verbrauch gesunken.⁴² Keinem Modell gelang es, autarkes Wachstum zu etablieren.⁴³ Tatsächlich sind die ökonomischen Krisen, mit denen Argentinien, Brasilien und Mexiko, wie Ungarn, Polen und Jugoslawien konfrontiert sind, ohne Beispiel in der Geschichte dieser Länder.

Die Wirklichkeit ist also trist. In der realen Welt hungern Menschen, weil das produktive Potential nicht ausgenutzt oder unterentwickelt ist.

3. Können wir alle ernähren?

Der Kapitalismus ist irrational, der Sozialismus unmöglich, in der wirklichen Welt hungern Menschen: Unsere Schlußfolgerungen sind nicht ermutigend. Aber vielleicht können die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse weltweit befriedigt werden, obwohl die ökonomischen Systeme, in denen wir leben, den Utopien des neunzehnten Jahrhunderts nicht entsprechen, obwohl sie einiges an Irrationalität und Ungerechtigkeit beibehalten. Können Sozialismus und Kapitalismus partiell, aber doch soweit reformiert werden, daß alle ernährt werden können?

Reform des Sozialismus

Reformen sind ein endemisches Phänomen im Sozialismus. Da Ökonomien, die auf zentraler Planung beruhen, keine automatischen Selbstkorrekturmechanismen enthalten, muß immer dann eine Reform gestartet werden, wenn unerwünschte Effekte offensichtlich werden. Daher waren Reformen der Gebietsverwaltung, des ökonomischen Managements, der Planung, des Anreizsystems immer ein regelmäßiges Ritual in den sozialistischen Ländern.⁴⁴ Inzwischen aber ist in der Sowjetunion, Ungarn, Polen und Jugoslawien das Gefühl weit verbreitet, daß partielle Reformen nicht wirksam sein können: Die Organisation des ökonomischen Systems selber ist falsch (Bauer 1988; Abalkin 1988).

Die Ziele der Reformen sind im großen und ganzen überall gleich: den Investitionsprozeß zu rationalisieren, die Endverbrauchermärkte ins Gleichgewicht zu bringen und ineffiziente Prozesse und Unternehmen zu eliminieren. Den Investitionsprozeß zu rationalisieren bedeutet, daß die Firmen die Investitionskosten internalisieren und daß die Preise von Kapitalgütern korrekt kalkuliert werden müssen. Den Konsumgütermarkt ins Gleichgewicht zu bringen heißt, Preise anzuheben, Subventionen zu kürzen und die Einkommensverluste zu kompensieren. Ineffizienz zu beseitigen heißt, Bankrotte und Arbeitslosigkeit zuzulassen. Gleichzeitig müssen Finanzmärkte und Programme entwickelt werden, um strukturelle und friktionelle Arbeitslosigkeit zu reduzieren, sowie eine Arbeitslosenversicherung eingerichtet werden. Während die Ziele geteilt werden, unterscheiden sich die Methoden erheblich. Einige Reformen zielen darauf, das vorhandene zentrale Kommandosystem zu verbessern, während andere, zumindest partiell, Märkte einführen.

Die Reformen in der Sowjetunion werden, so wie sie bisher angesetzt sind, finanzielle Autonomie und Verantwortlichkeit für die Firmen, aber keine Märkte einführen. In einer programmatischen Stellungnahme verwirft Leonid Abalkin (1988: 44, 47) alle ökonomischen Mechanismen, die »sich dem gesellschaftlichen Eigentum nicht einfügen, das heißt alle, die zu Krisen, anarchischer Produktion, Arbeitslosigkeit und zur Spaltung der Gesellschaft in Klassen führen«. Er führt weiter aus, daß in der sozialistischen Produktionsweise die Preismechanismen anders als im Kapitalismus funktionieren und »zu Instrumenten des Mechanismus des geplanten ökonomischen Managements werden«. Zwei Ökonomen, die das Projekt im Detail durchbuchstabieren,

sprechen von der »Integration der Preispolitik in den Planungsprozeß« und verteilen die Verantwortung für die Administration der Preise auf das zentrale Planungsbüro, intermediäre Ebenen der Bürokratie und auf Assoziationen von Anbietern und Konsumenten (Petraikov/Yassine 1988).

Zusammengenommen erweitern diese Reformen die Rolle der ökonomischen Anreize, steigern die administrative Kontrolle über die Investitionen und verlagern die sektoralen Prioritäten: eine Mixtur, mit der in der Vergangenheit keine großen Erfolge erzielt worden sind.⁴⁵ Dieses Scheitern hat zwei gut bekannte hinreichende Ursachen: (1) Profitabilität ist als Kriterium für die Allokation von Ressourcen nutzlos, wenn der Profit nur im Unterschied besteht zwischen den Inputpreisen, die in einem Büro festgelegt werden, und den Outputpreisen, die im anderen Büro festgesetzt werden. (2) Da die Manager die erforderlichen Inputs nur durch Befehl von oben erhalten können, kommt der Druck zur Rezentralisierung der Ressourcenallokation von unten.⁴⁶ Daher gelingt es mittels Reformen, die keine Marktmechanismen enthalten, nicht, die Allokation der Ressourcen zu rationalisieren. Sie werden spontan über den Haufen geworfen, sogar ohne den Widerstand der Bürokraten.

Kann der Sozialismus nicht reformiert werden? (1) Die Verbesserung der Planungstechniken ist eine andauernde, aber vergebliche Hoffnung, weil sozialistische Ökonomien in Wahrheit gar nicht geplant werden.⁴⁷ Planer erarbeiten Ziele und Direktiven, die zur Erfüllung der Planziele dienen sollen. Aber wenn die Pläne in irgendeiner Hinsicht inkonsistent sind (jemand kann seine Vorgaben mit seinen Mitteln nicht erfüllen), wenn sich äußere Umstände überraschend ändern, oder wenn jemand vom Plan abweicht, bricht der gesamte Plan in sich zusammen. Sogar wenn die Pläne vollkommen konsistent sind und alle Prognosen über exogene Ereignisse zutreffen, werden es die Planausführenden immer in ihrem wohlverstandenen Interesse finden, von den Direktiven abzuweichen. Daher werden Pläne, die in physischen Größen formuliert sind, immer über den Haufen geworfen. Pläne wiederum, die mittels Indikatoren formuliert werden, erfordern Gewichtungen, d.h. Preise. (2) Die Idee, Teilmärkte einzuführen, »Marktpreise als Planinstrument zu benutzen« ist logisch inkohärent. Im Blick auf das Lange-Modell bemerkt Nove, daß man keinen Markt im Konsumgütersektor einrichten könne ohne einen Mechanismus, der ihn mit dem Produktionsgütersektor rückkoppelt. Dieser Mechanismus könnte wiederum ein Markt im Produktionsgütersektor sein oder ein zentrales Planungsbüro, in dem die einzige Aufgabe der Planer darin bestehen würde, herumzurätseln, wie ein solcher Markt reagieren würde.⁴⁸ Aus Gründen, die ich oben diskutiert habe, scheint die Demokratisierung der Planung kaum Anlaß zur Hoffnung auf eine Rationalisierung der Ressourcenallokation zu bieten. Andere, nicht marktförmige Mechanismen wiederum, mit denen man die Akteure dazu bringen könnte, ihr privates Wissen über ihre Präferenzen und Fähigkeiten wahrhaftig offenzulegen, sind so kompliziert, daß auch Politikwissenschaftler nicht in der Lage sind, sie zu verstehen.

Die Möglichkeiten, den Sozialismus zu reformieren, scheinen daher äußerst begrenzt zu sein.⁴⁹

Marktsozialismus

Die gesamte Analyse bewegte sich bisher im begrifflichen Rahmen von Mechanismen der Ressourcenallokation und der Einkommensverteilung. Dies deshalb, weil ich daran zweifle, daß Eigentumsformen als solche wichtige Konsequenzen für den gesellschaftlichen Reichtum haben.

Zunächst einige Definitionsfragen. Wenn der »Marktsozialismus« ein System ist, in dem nur einige wenige Formen des Eigentums gesetzlich verboten sind und in dem die meisten Ressourcen über Märkte gesteuert werden, ist er identisch mit Kapitalismus. Alle kapitalistischen Länder behalten dem Staat das Eigentum an bestimmten Unternehmen vor. Dies sind nicht nur Gefängnisse und Steuereinzugsagenturen, sondern oft natürliche Monopole (bspw. Industrien mit steigenden Skalenerträgen) und manchmal sogar Salzbergwerke, die Zündholzproduktion oder der Verkauf von Alkohol. Tatsächlich sind alle kapitalistischen Ökonomien »gemischt«: Der Umfang des öffentlichen Sektors reicht von 6 Prozent in Schweden bis zu über 50 Prozent in Österreich oder Israel. Und außerhalb der für den Staat reservierten Bereiche sind Kooperativen im Kapitalismus nicht illegal; es ist nun einmal – aus bisher kaum verstandenen Gründen – der Fall, daß, bei völliger Wahlfreiheit der Unternehmensform, die überwiegende Mehrheit der Firmen schließlich bei der Kombination von privatem Kapitalbesitz und Lohnarbeit landet.⁵⁰

Daher muß der »Marktsozialismus«, will er ein eigenständiges System sein, rechtlich zugunsten von Arbeiterkooperativen diskriminieren, wie es in Noves Entwurf eines »machbaren Sozialismus« geschieht. In vielen kapitalistischen Ländern gibt es zentralisierte staatliche Unternehmen, die die Post verteilen, Firmen in öffentlicher Hand, die Autos produzieren, kleine private Firmen, die Restaurants betreiben und selbständige Klempner, die Rohrbrüche reparieren. Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Marktsozialismus besteht darin, daß es im Kapitalismus auch große private Unternehmen gibt, die die Post austragen und Autos produzieren; Nove würde diese verbieten und das Feld den Kooperativen überlassen (1983: 200 ff.).

Das Problem ist, wer entscheiden würde, was kooperativ und was kapitalistisch organisiert sein sollte. Elster weist darauf hin, daß dezentralisierte Entscheidungen von Produzenten ein anderes Ergebnis haben könnten und im allgemeinen haben, als eine Abstimmung: Angesichts der Unwägbarkeiten äußerer Umstände mögen die Leute wohl demokratisch für eine Ökonomie mit einem Anteil von siebzig Prozent Kooperativen votieren, im freien Entscheidungsprozeß aber nur zwanzig Prozent hervorbringen. Meiner Ansicht nach zeigt diese Situation ein wichtiges Dilemma: Demokratische Wahl kann suboptimal sein, während freie dezentrale Entscheidungen bisher zum Kapitalismus geführt haben.

Von diesen Zweifeln einmal abgesehen, werden oft zwei Argumente für die Überlegenheit von Kooperativen über kapitalistische Firmen vorgebracht: Effizienz, insbesondere höhere Arbeitsproduktivität und Verteilung. Da Elster (1989, Elster/Moene 1989; vgl. auch Putterman 1986) diese Behauptungen vor kurzem diskutiert hat, hier nur einiger Randbemerkungen.

Erstens hat Elster recht, wenn er die Bedeutung von Umweltbedingungen betont: Kooperativen können je nach gesellschaftlicher Umwelt ganz unterschiedliche Leistungen erzielen. Dies gilt nicht nur im Kapitalismus. In der Sowjetunion und Polen sind Kooperativen in jüngster Zeit auf spektakuläre und mißliebige Weise profitträchtig. Das zentrale Allokationssystem ist so ineffizient, daß Unternehmerprofite und sogar »reine« Profite »österreichischer« Spielart wie Manna vom Himmel fallen für jeden, der die entsprechende Lizenz hat.⁵¹ Wenn die Leistungsfähigkeit der Kooperativen abhängt von der Präsenz zentralisierter staatlicher Firmen, öffentlicher Unternehmen und Privatfirmen in ihrer Umwelt, könnte das optimale ökonomische System ein gemischtes sein.⁵²

Weiterhin zeigen, folgt man Elster und Moene (1989: 27), empirische Untersuchungen wiederholt, daß die Arbeitsproduktivität in den wenigen im Kapitalismus vorhandenen Kooperativen höher ist, während dagegen »theoretische Debatten normalerweise zu dem Schluß kommen, daß die Auswirkungen negativ seien«. Aus meiner Sicht hängen die Ergebnisse theoretischer Analysen davon ab, (1) welches Modell des Arbeitsprozesses sie der kapitalistischen Firma zuschreiben und (2) von den Annahmen, die sie zum Problem der wechselseitigen Kontrolle machen. Wenn man, wie Bowles und Gintis in ihren neueren Arbeiten, annimmt, daß die Arbeiter im Kapitalismus deshalb Leistung erbringen, weil sie individuell von der Firma überwacht werden (und weil Arbeitsplatzverlust teuer ist), und wenn man annimmt, daß wechselseitige Überwachung die perfekte Gleichgewichtsstrategie in einer Arbeiterkooperative sei, dann folgt, daß diese produktiver ist. Die Arbeiter würden mindestens ebenso hart arbeiten, aber die Firma würde die Überwachungskosten sparen. Dies war das traditionelle sozialistische Mikroargument für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Aber beide Argumente sind inzwischen durch Burawoy (in diesem Heft) schwer erschüttert worden, demzufolge (1) die Arbeiter im Kapitalismus in der Tat sich selbst überwachen und (2) die Organisation der Produktion mehr eine Frage der Firmengröße denn eine des Eigentums ist. Burawoy scheint der Auffassung zu sein, daß die kapitalistische Firma tatsächlich Unterverträge mit Gruppen von Arbeitern abschließt, indem sie über die Parameter ihrer kollektiven Leistung verhandelt, daß diese Gruppen entscheiden, zu welchem Grad diese Parameter erfüllt werden sollen und dann die Leistung überwachen. Seine Vergleiche zwischen den USA und Ungarn scheinen zu zeigen, daß die Firmengröße der entscheidende Faktor bei der Organisation der Produktion ist: Ein Resultat, das man aus spieltheoretischen Gründen erwarten könnte, da die Intensität wiederholter Kontakte darüber entscheidet, ob wechselseitige Überwachung die beste Strategie ist.

In der Diskussion über Arbeiterkooperativen spielen neben der Produktivität auch Fragen der Beschäftigung, des Investitionsverhaltens und der Innovations- und Risikofreudigkeit eine Rolle. Am umstrittensten ist die Wirkung auf die Beschäftigung: Eine Reihe früherer Modelle gelangt zu dem Schluß, daß Kooperativen, da sie den Durchschnittsprofit, nicht die Profitsumme maximieren, zu Unterbeschäftigung führen. Inzwischen ist dies umstritten. Besonders erhellend ist hier ein jüngerer Artikel von Moene, da er von der Einsicht ausgeht, daß die Kooperative nicht mit einer »rei-

nen« kapitalistischen Firma zu vergleichen ist, sondern mit einem Unternehmen mit starken Gewerkschaften. Er schließt, daß (1) »die kapitalistische Firma zu festen Löhnen und variabler Beschäftigung tendiert, die Kooperative dagegen zu fester Beschäftigung und variablem Einkommen«, und daß (2) »Unterinvestition eines der Hauptprobleme kapitalistischer Firmen mit hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad zu sein scheint« (Moene 1989: 87, 93). Die Schlüsse, zu denen man in diesen Fragen gelangt, scheinen allgemein stark abhängig zu sein von institutionellen Problemen der Mitgliederrekrutierung und der Finanzierung der Kooperativen.

Elster kommt zu dem Schluß, daß es aus Gründen der Effizienz, zieht man alle Ungewißheiten in Betracht, »keinen Grund gibt, mit dieser Form des Eigentums zu experimentieren. Es gibt schließlich viele Reformen, die im Großen gute Auswirkungen haben könnten, auch wenn sie im Kleinen schlecht funktionieren – aber die Gesellschaft kann nicht hingehen und sie aufgrund dieser bloßen Möglichkeit ausprobieren«. Dann zaubert er allerdings einen Hasen aus dem Hut und verkündet, daß er es ausprobieren würde, weil »das wesentliche Argument für Kooperativen das der ökonomischen Gerechtigkeit ist« (Elster 1989: 110).

Gerechtigkeit ist ein Thema, das ich bisher absichtlich vermieden habe, da ich davon ausging, es ließe sich leichter darin übereinstimmen, daß es gut sei, alle zu ernähren, als in der Frage, warum. Manche mögen die Armut aufgrund des Kantischen »Ich hätte in derselben Lage sein können« bekämpfen wollen, andere eher aus Mitleid. Aber was ist dann mit der traditionellen sozialistischen Behauptung, der Kapitalismus sei nicht nur irrational, sondern auch ungerecht und daß, im Kontrast dazu, gesellschaftliches Eigentum das Recht auf die ganze Frucht der Arbeit einschließe?

Zunächst einmal ist zu bemerken, daß Verteilungsgesichtspunkte in der Vergangenheit in einer Reihe von Ländern wichtige Impulse zugunsten eines wie auch immer gearteten Sozialismus gegeben haben und dies auch weiterhin tun. Paul Samuelson hat vor längerer Zeit vorgeschlagen, die Verteilungskosten des Kapitalismus für die Lohnabhängigen unter dem Aspekt des von den Kapitalisten konsumierten Nettoeinkommens zu betrachten. Das Nettoprodukt jeder kapitalistischen Ökonomie kann aufgeteilt werden in den Konsum der Lohnabhängigen, die Investitionssumme und den Konsum der Kapitalisten. Letzterer ist für die Lohnabhängigen endgültig verloren; dies ist der Preis, den sie für das Privateigentum an produktivem Reichtum bezahlen. Die Höhe dieses Preises unterscheidet sich, vergleicht man verschiedene kapitalistische Länder, enorm: Von jedem Dollar Wertzuwachs in der Produktion wurden 1985 von den Kapitalisten in Österreich und Norwegen etwa 10 Cent konsumiert, knapp 40 Cent in Großbritannien und den Vereinigten Staaten, 60 Cent in Brasilien und 70 Cent in Argentinien.⁵³ Von daher haben, unter bloßen Verteilungsaspekten, österreichische und norwegische Lohnabhängige wenig durch Nationalisierung oder Vergesellschaftung zu gewinnen. Da ein solcher Übergang unvermeidlich Kosten mit sich bringt, verlassen sie sich am besten auf ihre Marktmacht und auf ihren Einfluß bei Wahlen. Britische und amerikanische Lohnabhängige haben im Verteilungskampf oder durch direktes Eigentum an produktivem Reichtum mehr zu gewinnen: sie streiken entsprechend mehr.⁵⁴ Dagegen wäre der Verteilungseffekt von Nationalisierungs-

maßnahmen in Argentinien und Brasilien immens: Wären in einem sozialistischen Brasilien die Einkommensunterschiede zwischen dem oberen und dem unteren Fünftel auf den Faktor 5 begrenzt, würde das Einkommen des ärmsten Fünftels um das Zehnfache steigen. Daher ist in Argentinien und Brasilien eine Nationalisierung für die Lohnabhängigen aus reinen Verteilungsgründen attraktiv.

Allerdings sind die Verhältnisse paradox, da jene Teile der Arbeiterbewegung, die die politische Kraft haben könnten, eine Form von Sozialismus rechtlich durchzusetzen, keine Anreize dazu haben, während jene, die durch eine Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in öffentliches Eigentum viel zu gewinnen hätten, nicht die Macht dazu haben. Der Sozialismus als das Projekt öffentlichen Eigentums am produktiven Reichtum ist also nur das Projekt jener Bewegungen, die ihn nicht durchsetzen können.

Der Marktsozialismus, so ist zu schließen, scheint unter Verteilungsgesichtspunkten attraktiv. Auch wenn wir seine Auswirkungen auf die Beschäftigung, das Investitionsverhalten und die Arbeitsproduktivität nicht genau abschätzen können, wäre eine Kombination von Kooperativen und Märkten dem Kapitalismus in puncto Einkommensverteilung überlegen. Wenn wir uns den Marktsozialismus als System denken, in dem es einen Arbeit-plus-Kapital-Markt gibt, d.h. wenn ein Anteilseigner in einer Kooperative gleichzeitig das Recht und die Pflicht hat, in ihr zu arbeiten und wenn diese Rechte-Pflichten veräußert werden können, dann wird im Gleichgewicht die Gewinnrate auf die eingesetzten Mittel in der gesamten Ökonomie einheitlich sein. Die Verteilung des Einkommens wird in diesem Gleichgewicht egalitärer sein als im Kapitalismus, da die Arbeitskräfte die gesamten Nettoeinnahmen der Firma erhalten.

Dagegen scheint die Behauptung, der Marktsozialismus würde ein System ökonomischer Demokratie sein in dem Sinne, daß der Produktionsprozeß demokratisch verlaufen würde, unbegründet. Wenn Firmen in Arbeiterbesitz konkurrieren und ein bestimmter Weg der Produktionsorganisation die Profite maximiert, muß er gezwungenermaßen eingeschlagen werden. Wenn es andererseits mehrere profitable Möglichkeiten gäbe, die Produktion zu organisieren, wären sie für Kapitalisten gleichwertig; wenn die Arbeitskräfte eine davon bevorzugen würden, würde sie übernommen. Arbeiterkooperativen hätten also nichts, was sie ändern könnten.

Da im Marktsozialismus die Verwendung von produktiven Ressourcen von den Gewinnraten abhängt, würde dieses System unter der gesellschaftlichen Unmöglichkeit technisch möglicher Muster der Reichtumsverteilung leiden: der Irrationalität, die wir als Charakteristikum des Kapitalismus festgestellt haben. Selbst wenn die Produktionsmittel im Eigentum der Kooperative sind, würde die Endverteilung des Einkommens unter den Kooperativen von deren Ausgangsausstattungen abhängen und Versuche, die Einkommen umzuverteilen, würden auf verminderten Output hinauslaufen.

Daher hätte auch der Marktsozialismus ein schwieriges Verhältnis zur Demokratie. Das Prinzip, daß alle die gleichen ökonomischen Rechte haben, ist nicht hinreichend für demokratische Verhältnisse in der Produktion noch in der Ökonomie insgesamt. Der Marktsozialismus stellt keine vollständige Implementation von Demokratie auf ökonomischem Gebiet dar.⁵⁵

Sozialdemokratie

Kann der Kapitalismus reformiert werden? Die Antwort ist offensichtlich positiv: einigen kapitalistischen Ländern ist es gelungen, elementare materielle Sicherheiten für alle zu bieten. Sogar in diesen Ländern kann der Kapitalismus aus einer Reihe von Gründen kritisiert werden (vgl. den Epilog zu Przeworski 1985). Doch ist die Auslöschung der Armut ein zureichendes Erfolgskriterium in einer Welt, in der Milliarden von Menschen an materiellem Mangel leiden. Wenn etwa dreißig Millionen Menschen in den USA und etwa vierzig Millionen in der Sowjetunion unter Bedingungen leben, die als absolute Armut bezeichnet werden, ganz zu schweigen von China, Indien oder Brasilien, sind die materiellen Lebensbedingungen in Schweden, Norwegen oder Österreich beneidenswert.

Kapitalistische Ökonomien sind äußerst heterogen. Sie unterscheiden sich in dramatischer Weise in den Entwicklungsniveaus, bei der Einkommensverteilung und der Rolle des Staates bei der Sicherung des materiellen Wohlstands. In den entwickeltesten kapitalistischen Ländern ist das Pro-Kopf-Einkommen zwanzigmal höher als in den ärmsten.⁵⁶ Wer in Zaire oder Bangladesch geboren wird, hat dreißig Jahre weniger Leben zu erwarten als jemand in Westeuropa. Im oberen Fünftel der brasilianischen oder peruanischen Haushalte verdient eine Person mehr als dreißigmal soviel wie jemand im unteren Fünftel, während diese Disparität in einer Reihe westeuropäischer Länder und in Japan auf einen Faktor von weniger als fünf reduziert ist. Schließlich verwenden die Zentralregierungen in Indonesien oder Ecuador weniger als zwei Prozent ihrer Ausgaben auf Wohnungsbau, soziale Sicherung und Wohlfahrt, dagegen mehr als die Hälfte in Spanien, der Schweiz, in Schweden und Westdeutschland.⁵⁷ So bedeutet der Kapitalismus für viele Menschen völlige Armut, während er für andere Überfluß geschaffen hat.

Sieht man sich die Länder an, die die Armut abgeschafft haben – Länder, die reich sind, eine egalitäre Einkommensverteilung und ein entwickeltes Sozialsystem haben – findet man einige robuste Muster und viele Unbekannte: (1) Die sehr wenigen Länder, in denen niemand arm ist, sind sämtlich kapitalistisch.⁵⁸ (2) Statistische Analysen entwickelter kapitalistischer Länder zeigen wiederholt, daß höhere ökonomische Leistungskraft, geringere Einkommensungleichheit und umfassendere Sozialleistungen in den Ländern vorzufinden sind, in denen starke Gewerkschaften und Regierungsmacht der Sozialdemokraten verknüpft sind.⁵⁹ (3) Kein einheitliches Theoriegebäude ist in der Lage, die ökonomische Entwicklung zu erklären.⁶⁰ (4) Der Einfluß politischer Demokratie auf den ökonomischen Bereich bleibt unklar. (5) Das Argument, die Entwicklung einiger kapitalistischer Länder sei nur möglich gewesen, weil sie andere Länder ausbeuteten, scheint empirisch falsch.⁶¹

Natürlich läßt sich aus der Tatsache, daß der Kapitalismus in Schweden reformiert worden ist, nicht schließen, daß er in Chile reformiert werden könnte, auch wenn der skandinavische Überfluß nicht auf der Ausbeutung der südamerikanischen Armut beruht. Aber in einer Reihe von Ländern ist der Kapitalismus reformiert worden: Alle werden satt. Wie ist das möglich?

Die fundamentale Prämisse der Sozialdemokratie ist, daß die Nationalisierung der Produktionsmittel nicht notwendig ist, um die Irrationalität des Kapitalismus zu überwinden, d.h. die Reichtumsverluste zu vermeiden, die verursacht werden durch die mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln einhergehenden Rechte. Diese Prämisse widerspricht sowohl der oben rekonstruierten klassischen marxistischen Analyse, wie den, allerdings identischen Ansichten der Neoliberalen.⁶² Diesen zufolge verursacht jeder Versuch, Einkommen umzuverteilen, »Trägheitsverluste«, d.h. eine Rücknahme von Ressourcen aus der Produktion. Steuern auf Einkommen bewirken eine Reduzierung des Arbeitskräfteangebots; Steuern auf Profite verursachen einen Rückgang der Spar- und Investitionsraten. Transferzahlungen wiederum machen Freizeit billiger und verschlimmern die Auswirkungen der Steuern, da sie die Leute von der Arbeit abhalten. Diese Argumente, so plausibel sie scheinen, werden durch empirische Analysen nicht allzu gut gestützt. Zumindest im bislang untersuchten Spektrum der Steuerquoten scheinen das Angebot männlicher Arbeitskräfte sowie die Spar- und Investitionsraten nicht sehr empfindlich auf Steuern zu reagieren (Saunders/Klau 1985). Ein Grund dafür ist, daß relativ wenige Leute darüber entscheiden können, wieviele Stunden sie arbeiten wollen: die meisten müssen entweder Vollzeit oder können überhaupt nicht arbeiten. In diesem Zusammenhang ist aber am wichtigsten, daß bestimmte Formen von Steuern und Transferleistungen verschiedene Konsequenzen für die Entscheidungen haben, wie die Eigentümer ihre Ressourcen verwenden. Zumindest auf dem Papier sind Steuern auf potentielle Einkommen und auf privat konsumierte Profite neutral gegenüber dem Arbeitskräfteangebot bzw. der Investitionsrate.⁶³

Auch wenn völlig neutrale Steuern tatsächlich unmöglich sind, verursachen unterschiedliche Kombinationen von Steuern und Transferleistungen unterschiedliche Trägheitsverluste (Becker 1976). Länder mit starken Gewerkschaften und längeren Regierungszeiten sozialdemokratischer Parteien weisen bessere Trade-Offs zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation wie auch zwischen Lohn- und Investitionsquote auf.

Regierungen in kapitalistischen Ländern, die die Armut zum Verschwinden bringen und die Effizienzverluste gleichzeitig minimal halten wollen, sind also nicht hilflos. Das sozialdemokratische Modell ist theoretisch haltbar. Der Grad der Irrationalität des Kapitalismus ist keine feste Größe.

Könnten wir alle ernähren?

Könnten wir daher alle ernähren? Das ist eine doppelte Frage. Erstens, unter welchen hypothetischen Bedingungen wäre dies möglich? Zweitens, können diese Bedingungen geschaffen werden? Auf der Suche nach einer Antwort sind wir durch Kapitalismus und Sozialismus in ihren utopischen, möglichen und historisch verwirklichten Formen gegangen, um jene Lösungen ausschließen zu können, für die entweder keine hinreichenden Bedingungen vorhanden sind oder die unmöglich scheinen. Und nach allem sind wir zu folgendem Schluß gelangt: Die sozialistische Kritik an der Irra-

tionalität des Kapitalismus ist gültig, aber die sozialistische Alternative ist unmöglich. Was nun bleibt, ist die Frage, ob wir in den Systemen, die auf Märkten beruhen, trotz deren Irrationalität alle ernähren könnten.⁶⁴

Eine notwendige Bedingung dafür, alle ernähren zu können, ist »starker Überfluß«, d.h. ein Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, das ausreicht, um die Subsistenz aller auch dann zu sichern, wenn die zur Bedürfnisbefriedigung aller erforderliche Umverteilung der Einkommen zu Produktionsverlusten führt. Ich gehe von einer Weltmarktökonomie aus, in der die meisten Entscheidungen über den Einsatz von Ressourcen privat sind und sich an den Profitraten orientieren. Dies heißt, daß deren private oder kooperative Eigentümer das Recht haben, Ressourcen aus der Produktion abzuziehen, wenn ihr Gewinn entweder durch höhere Lohnkosten oder durch Besteuerung reduziert wird. Daher ist die für unsere Ziele nötige Produktionskapazität nicht durch den Output definiert, der ohne jede Umverteilung von Einkommen produziert würde. Dieser Output könnte zwar ausreichen, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen, aber er würde eben dann nicht produziert, wenn dieses Ziel durchgesetzt werden soll: Darin genau besteht die Irrationalität des Kapitalismus. Um die Subsistenz aller zu sichern, wird eine größere Produktionskapazität erforderlich sein.

Haben wir heute schon »starken« Überfluß? Die Antwort hängt davon ab, (1) wieviel die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller kostet, (2) von der gegenwärtigen technologischen und organisatorischen Produktionskapazität und (3) von dem Maß, in dem diese Kapazität unterausgelastet würde, wenn die Profitraten aufgrund der Einkommensumverteilung reduziert würden. Ich kenne die Antwort nicht; sie hängt von zuvielen technischen Problemen ab. Aber ich vermute, daß wir nicht weit davon entfernt sind.

Im übrigen würden die Märkte auch im starken Überfluß manche Eigenschaften behalten, die Sozialisten für nachteilig halten. Sie würden immer noch irrational sein in dem Sinne, daß die Subsistenz aller nur um den Preis der Unterauslastung der Produktionskapazitäten sichergestellt werden könnte. Weiterhin würden sie immer noch beträchtliche Ungleichheiten zur Folge haben: Die Voraussetzung für Überfluß besteht in der Tat darin, daß die Besitzer der produktivsten Faktoren den höchsten Gewinn erhalten. Und weil sogar der Marktsozialismus mit Staatsintervention nur eine zweitbeste Lösung ist, wird die gegenwärtige Ernüchterung über zentrale Planung uns nicht davon abhalten, nach einer besseren Alternative zu suchen: einem System, das die Ökonomie auf die durch demokratische Prozesse artikulierten kollektiven Präferenzen zuschneiden würde, ohne Ineffizienz zu bewirken. Doch selbst wenn Marktökonomien Irrationalität und Ungerechtigkeit perpetuieren; eine mit dem demokratischen Mandat zur Abschaffung der Armut ausgestattete Regierung könnte, wenn sie durch ihre Strategiewahl die Trägheitsverluste minimiert, bei starkem Überfluß in der Lage sein, ihr Ziel zu erreichen.

Daher stellt sich schließlich das »Wir« unserer Frage als wichtiger heraus als das »könnte«. Die Antwort hängt nun offenbar ebensowohl von der Politik wie von der Ökonomie ab. Das ist keine Übertreibung. Politische *constraints* können ebenso fesseln wie ökonomische; sie sind nicht weniger objektiv in einer Welt, in der es kein

»Wir« gibt, sondern nur partikularistische Staaten, Gruppen und Individuen, die um die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen kämpfen. Deshalb gilt, daß selbst, wenn »Wir« alle ernähren könnten, nicht jeder von uns es tun würde. Tatsächlich ist die beste Reform, die wir uns als Ziel setzen könnten, den weitverbreiteten Genozid und die ständigen Vorbereitungen für ihn abzuschaffen. Aber das ist eine Frage der Politik, nicht der Ökonomie. Das wollte meine Tochter sagen.

Übersetzung: Klaus Fritz

Anmerkungen

- 1 Mitte der siebziger Jahre hatten rund 500 Millionen Menschen nicht genug Nahrung, um zu leben und eine Milliarde nicht genug, um die zur Arbeit nötige Energie aufzubringen. Vgl. Mellor/Johnston 1984: 531-575.
- 2 Ein Mann verteilt Flugblätter auf dem Roten Platz. Ein Polizist, der ihn aufhält, sieht, daß die Blätter leer sind. »Was soll das bedeuten? Was verteilen Sie da? Es steht nichts drauf!« ruft der überraschte Ordnungshüter. »Keine Sorge«, antwortet der Mann. »Alle wissen es...«
3. Vgl. ein ähnliches Schema in Elster 1986.
- 4 Die marxistische Literatur besonders der sechziger und siebziger Jahre ist voller Argumente über »falsche Bedürfnisse«. In diesen Geschichten bevorzugen die Menschen im Kapitalismus diesen nur deshalb, weil er künstliche Konsumbedürfnisse schafft und befriedigt. Aber sobald es den Menschen möglich sei, nicht diese entfremdeten, sondern wahrhaft menschliche Bedürfnisse zu entwickeln, würden sie den Sozialismus vorziehen.
- 5 Vgl. Weffort (1989 für entsprechende Beobachtungen in Brasilien, Moatti (1989) für einen Vergleich der Einstellungen junger und alter Leute in Frankreich und Kalyvas (1989) für eine Aufarbeitung von Daten zu Einstellungen gegenüber Nationalisierungsmaßnahmen in Großbritannien.
- 6 Diese Definition unterscheidet sich operational wohl nicht von der Noves (1983: 11), der als »machbaren Sozialismus« ein System bezeichnet, das »innerhalb der Lebensspanne einer Generation realisierbar ist...ohne daß man extreme, utopische oder weit hergeholt Annahmen macht«.
- 7 Buchanan (1985: 44 f.) stellt ein Argument vor, aufgrund dessen es möglich sein soll, qua Beurteilung von Entwürfen den ihnen entsprechenden realen Wohlstand zu vergleichen. Er nennt es das »Einfachen-Theorie-ist-besser-als-keine-Argument«. Es läuft so: »Nehmen wir an, wir wollten mit einer Kanone gegen ein weit entferntes Ziel schießen. Wir haben einen Grundkurs in Physik absolviert und die Theorie der Flugbahn eines idealen Projektils gelernt, also den Weg einer punktförmigen Masse im Vakuum innerhalb eines homogenen Gravitationsfeldes. Natürlich ist die Kanonenkugel keine punktförmige Masse (sie ist ausgedehnt) und sie fliegt nicht durch ein Vakuum...Es wäre aber sicher vernünftiger, die Kanone in dem Winkel abzufeuern, den wir gemäß den idealen Annahmen der Theorie errechnen, als einen zufälligen Winkel zu wählen! Ähnlich ist es mit der Effizienzabschätzung. Es ist besser, ein System zu wählen, für das es eine Theorie gibt, aus der ein Effizienztheorem abzuleiten ist, als eines, für das es keine Theorie gibt«. Ich frage mich allerdings, ob dieses Argument ebenso überzeugend wäre, wenn man es als »Wilhelm-Tell-Argument« bezeichnen würde. Die Schwierigkeit besteht darin, daß das Zweitbeste schrecklich sein kann: Man kann aus der Rangordnung der besten Möglichkeiten nicht auf die der zweitbesten schließen.
- 8 Inkonsistenzen in der Zeitperspektive können auch zu revolutionären Präferenzen führen: Konfisziert jetzt, macht euch später Sorgen.
- 9 Vgl. für Untersuchungsdaten zu Polen Kolaska-Bobinska (1988), für Ungarn Bruszt (1988) und für eine Analyse der Sowjetunion Aganbegyan (1988).
- 10 Ich setze voraus, daß die Leute wissen oder überlegen können, was sie brauchen. Daher fasse ich Bedürfnisse als subjektiv bestimmt und als äquivalent zu Präferenzen für die produzierten Güter, für Freizeit und Leistung.
- 11 Das klassische Buch zu diesem Thema ist Dobb (1969).

- 12 Nove zitiert die Auffassung des ungarischen Soziologen Iván Széllény, nach der die Arbeiter im Sozialismus mit Marktpreisen besser fahren würden. Davon bin ich nicht überzeugt. In Polen zumindest werden die Arbeiter gegenwärtig mit Lotteriescheinen bezahlt, die ihnen eine Chance von eins zu drei verschaffen, das zu kriegen, was sie brauchen, wenn ihre Frauen oder Mütter in den Läden zufällig auf etwas stoßen und einige Stunden in der Schlange verbringen. Bei Marktpreisen, die zweihundert bis dreihundert Prozent höher wären, könnten sie wohl überhaupt nichts bekommen, selbst wenn sie mit Geld entlohnt würden.
- 13 Marx war der Auffassung, daß Revolutionen pareto-optimale Bewegungen seien, weil sie dann aufträten, wenn die Produktionsverhältnisse die Entwicklung der Produktivkräfte in einem solchen Maß fesseln, daß das nachrevolutionäre System ein enormes produktives Potential freisetzt. Schumpeter meinte, der Übergang zum Sozialismus sei pareto-optimal, weil er dann geschähe, wenn es keinen eigentlichen Kapitalisten mehr, sondern nur noch Angestellte des Kapitals geben würde. Diese Manager würden dann auch im Sozialismus gebraucht.
- 14 Bemerkenswert ist allerdings, daß chinesische Arbeiter offenbar sowohl gegen »Profitmacherei« (marktgenerierter Reichtum) wie gegen »Korruption« (Bereicherung von Bürokraten) opponieren.
- 15 Durkheim erinnert sich irgendwo daran, daß ein Motiv seiner soziologischen Arbeit die Verwunderung darüber war, daß er jeden Morgen um halb sechs die Hintertür seiner Wohnung öffnen und eine Flasche Milch vorfinden konnte, ohne daß er den Milchmann kannte. Sozialisten waren davon überzeugt, und manche sind es immer noch, daß die Flasche ohne zentralen Planer nicht hätte dort sein können. Allerdings hat sich herausgestellt, daß unter zentraler Planung entweder ein Mangel an Milch oder an Flaschen herrscht.
- 16 Oder, was dasselbe ist, die Herstellung des Gleichgewichts geschieht sofort und ohne Kosten.
- 17 Buchanan (1985, Kap. 2) liefert eine gute nicht-technische Zusammenfassung dieses Entwurfs; Campbell (1987) ist ein technisches Handbuch.
- 18 Andere Kritiken lauten, daß (1) die Konkurrenz auf Neid gegründet ist und (2) daß die kapitalistische Produktion auf Profit zielt, nicht auf Gebrauch oder Genuß. Ich befaße mich im Augenblick nur mit der Kritik an der Irrationalität des Kapitalismus, nicht mit der an seiner Ungerechtigkeit (hierzu unten). Ich bin mir nicht sicher, was ich von einer jüngeren Kritik am kapitalistischen Modell halten soll, nämlich Roemers (1989) Begriff der »Externalität des Privateigentums«. Roemer zeigt, daß der Kapitalismus die unangenehme Eigenschaft hat, daß jemand materiell verlieren kann, wenn der Gesamtbestand an produktiven Ressourcen, Kapital und Fertigkeiten, oder die technischen Kapazitäten zunehmen. Dies sollte bei ordentlich implementiertem öffentlichem Eigentum vermieden werden. Aber es ist nicht klar, welche institutionelle Form dieses öffentliche Eigentum annehmen könnte. Daher neige ich zu der Auffassung, daß die »Externalität des Privateigentums« nicht zu einer brauchbaren Kritik am Kapitalismus taugt, da sie nicht auf eine denkbare Alternative verweist. In einer privaten Unterhaltung meinte Roemer, er halte inzwischen die Annahme technologischer Monotonität für zu stark. Sie sollte keine notwendige Bedingung für öffentliches Eigentum sein.
- 19 In Schumpeters Begriffen ist dies der Unterschied zwischen statischer und dynamischer Ineffizienz.
- 20 Eine außerordentlich klare Darstellung dieser Kritik bietet O'Neill (1989: 200-211).
- 21 Marx betonte, daß unter kapitalistischen Bedingungen Käufe und Verkäufe wegen des Dazwischentretens von Geld auseinanderfallen. Die Folge ist, daß Angebot und Nachfrage nicht übereinstimmen.
- 22 Das Problem der Annäherung ans Gleichgewicht ist zu unterscheiden von der Frage der Markträumung. Im Licht jüngster Entwicklungen in der neoklassischen Theorie sind im Gleichgewicht Arbeit und Kapital unterausgelastet und die Märkte nicht geräumt, weil Kapitalisten, Geldgeber und Konsumenten Zinskosten haben, weil sie sicherstellen müssen, daß die Lohnabhängigen, Schuldner und Verkäufer Güter und Dienstleistungen der vereinbarten Qualität abliefern. Von daher ist der Kapitalismus sogar im Konkurrenzgleichgewicht ineffizient. Nach dieser Sichtweise würden Arbeiter, die für sich selbst arbeiteten, keine hohen Kosten für die Überwachung ihrer Leistung erfordern. Vgl. Bowles (1985), Bowles/Gintis (1989a; 1989b). – Im übrigen neigen die Ökonomen zu einem verwirrenden Gebrauch des Begriffs »Gleichgewicht«. Da sie bis vor kurzem noch glaubten, daß Märkte immer geräumt werden, verwenden sie diesen Begriff im intuitiven Sinn von »Balance«. Sie reden von »Ungleichgewicht«, wenn Märkte nicht geräumt werden. Aber ein »Ungleichgewicht« ist ein Gleichgewicht im mathematischen Sinne: ein Zustand, der ohne Änderung exogener Bedingungen nicht verändert würde, eben ein Gleichgewicht, in dem die Märkte nicht geräumt werden.

- 23 Irgendwie war es für Marx offensichtlich, daß jede marktförmige Güterallokation, da sie dem individuellen Eigeninteresse folgt und nicht dem gesellschaftlichen Interesse, kollektiv irrational sein müßte. Weiterhin ist für Marx und seine Anhänger die Konkurrenz der Mechanismus, der für die kollektive Suboptimalität verantwortlich ist. Sie wirkt, für die Individuen nicht nachvollziehbar, »hinter dem Rücken« der ökonomischen Agenten. Daher sind die Resultate des Konkurrenzkampfes unvorhersagbar. Und von diesem Punkt aus springt er zu dem Schluß, sie seien auch kollektiv nicht wünschenswert. Ein Sprung, kein Argument: Es gibt keinen deduktiven Rahmen für ein solches Argument.
- 24 Diese Behauptung impliziert nicht, daß der Sozialismus notwendig auf dieselbe Weise und mit denselben Verteilungswirkungen mit diesen Situationen umgehen müßte.
- 25 Eine gleichwertige Möglichkeit, zu diesem Schluß zu gelangen, ist zu zeigen, daß ohne extern abgesicherte langfristige Verträge die gemeinsame Ausbeutung von Ressourcen zu ineffizienten Resultaten führt. Genauer, wenn Kapitalisten und Arbeiter die Verteilung des Reichtums beeinflussen können, ist die Investitionsrate niedriger als sie es wäre, wenn nur eine Klasse von Akteuren den gesamten Ertrag (über die Subsistenzkosten bzw. die nächstbeste Opportunität hinaus) einstreichen würde. Vgl. die klassische Formulierung bei Lancaster (1973); vgl. auch Przeworski/Wallerstein (1982), Levhari/Mirman (1980).
- 26 Oder wenn wir Institutionen entwickeln könnten, die den Gedanken des öffentlichen Eigentums, wie er von Roemer (1989a, 1989b) vorgeschlagen wird, in dezentralisierter Form implementieren könnten.
- 27 Ich bin mir nicht einmal sicher, ob ich den Befürwortern des Kapitalismus nicht mehr zugestanden habe, als sie für ihr eigenes Modell bereit sind zu beanspruchen. Das Modell, das ich beschrieben habe, wird zwar nicht von allen, doch vom überwiegenden Teil der neoklassischen Ökonomen als inkohärent betrachtet. Fischer (1989: 36) behauptet in einer maßgeblichen Zusammenfassung des gegenwärtigen Wissenstandes, daß »gerade die Mächtigkeit und Eleganz der Gleichgewichtsanalyse oft die Tatsache verschleiern, daß sie auf einer sehr unsicheren Grundlage beruht. Wir haben keine ähnlich elegante Theorie dessen, was *außerhalb* des Gleichgewichtes passiert, wie sich die Akteure verhalten, wenn ihre Erwartungen enttäuscht werden. Daher haben wir keine feste Grundlage für unsere Annahme, das Gleichgewicht können wiedererlangt oder aufrechterhalten werden, wenn es gestört wird«. Um die zum Gleichgewicht führende Konvergenz der Erwartungen zu beweisen, müssen solche Modelle entweder auf einen als Souffleur agierenden zentralen »Auktionator« zurückgreifen oder auf Annahmen, die offensichtlich unsinnig oder inkonsistent sind. Und einen Auktionator einzuführen bedeutet schon, wie Hahn (1989: 64) bemerkt, die Prämisse zu verletzen, wonach der Informationsfluß dezentralisiert sei. Die neoklassischen Modelle führen daher nur deshalb zu all den wunderbaren Pareto-Eigenschaften, weil sie Anpassungsprobleme ignorieren. Österreichische Modelle wiederum bieten keine Substanz für Schlüsse auf Pareto-Eigenschaften. Auf dieses Problem hat mich Heiner Ganßmann aufmerksam gemacht.
- 28 Nehmen wir an, der Kapitalismus würde à la Hilferding »organisiert«, und könnte periodische Krisen erfolgreich vermeiden. Dann gäbe es keine »Anarchie«, keine statische Ineffizienz. Aber dynamische Effizienz wäre nur dann zu erreichen, wenn die Verteilung des Reichtums zu jedem Zeitpunkt der ursprünglichen Verteilung der Ressourcen folgen würde: Alle Versuche, die Verteilung von Konsumchancen und Freizeit zu ändern, würden schwere Verluste nach sich ziehen. Der Kapitalismus würde daher, seien seinen Befürwortern auch alle Modellannahmen zugestanden, immer noch irrational sein. Darum meine ich, daß statische Verschwendung für die sozialistische Kritik am Kapitalismus zweitrangig ist, aber aus Gründen, die in der vorigen Fußnote angeführt werden, bin ich mir dessen nicht ganz sicher.
- 29 Im Taylor-Lange-Lerner-Modell kann der Planer mit irgendeiner zufälligen Konstellation von Preisen beginnen, beobachten, welche Märkte nicht geräumt werden, die Preise korrigieren und damit das Gleichgewicht herstellen. Dies ist in deren neoklassischem Ansatz möglich, weil es ein Set von Preisen gibt, die zur Markträumung führen und der Markt auf diese Preise hintendiert. Aber inzwischen wissen wir, daß »Tatönnement« nur unter entweder unsinnigen oder sehr speziellen Voraussetzungen zum Gleichgewicht führt. In der österreichischen Schule treten Preisbewegungen deshalb auf, weil Handelsabschlüsse augenblicklich vollzogen werden. Daher kann der Planer nie das private Wissen zentralisieren, das zur Änderung der Preise führt. Zumindest lautet so die Behauptung der Anhänger Hayeks, die meinen, Lange habe die Einwände der österreichischen Schule der Planungsdebatte gegen den Sozialismus mißverstanden. Vgl. hierzu Lavoie (1985); Kirzner (1988); Shapiro (1989).

- 30 Ich bin mir dessen bewußt, daß dies ein subjektives Urteil ist und ich bin nicht sicher, wie Meinungsunterschiede über die Möglichkeit sozialistischer Plankalkulation gelöst werden können. Nove (1983: 105) etwa glaubt, daß es »unmöglich ist, die Komplexitäten der gegenwärtig betriebenen Produktions- und Angebotsplanung zu »mathematisieren«, um ein effizienteres Funktionieren des zentralisierten Systems sicherzustellen«. Er betont, daß kein Planungssystem, so fortgeschritten es auch sein mag, mit der Variation der Umwelt zu Rande kommen kann. Ich frage mich allerdings: Ist die sojetische Ökonomie komplexer als das weltumspannende Flugbuchungssystem?
- 31 Ich formuliere diese Annahme absichtlich in agnostischer Sprache. Normalerweise heißt es, die Individuen würden altruistisch werden, sich solidarisch verhalten oder miteinander kooperieren. Wenn wir allerdings unter Altruismus eine Nutzenfunktion verstehen, die den Konsum oder den Wohlstand anderer als Argumente hat, kann es alle möglichen strategischen Probleme geben, bis hin zur kollektiven Irrationalität in einer altruistischen Gesellschaft. Vgl. hierzu Collard (1978). Tatsächlich ist es nicht einmal selbstverständlich, daß altruistische Individuen ihre Präferenzen wahrhaftig offenlegen würden. Dasselbe gilt für Solidarität: Wie sollen einzelne Akteure wissen, welches Verhalten unter bestimmten Bedingungen solidarisch ist? Wenn der Manager eines Unternehmens, das ich beliebere, mich auffordert, seiner Firma ein für ein anderes Unternehmen vorgesehenes Produkt zu geben, da sie sonst den Plan nicht erfüllen könne, sollte ich dies tun? »Kooperation« wiederum ist ein ziemlich verwaschener Begriff. In der Spieltheorie bedeutet Kooperation mal Kommunikation, mal externe Absicherung von Angeboten, mal Koalitionsbildung, mal die gemeinsame Wahl von Strategie und, im Gefangenendilemma, jede Strategie, die pareto-optimale Ergebnisse hervorbringt. Umgangssprachlich meint Kooperation »sich die Hand reichen«, wechselseitige Hilfe.
- 32 Wir wissen nicht, ob die einzelnen Akteure ihre Präferenzen und Fähigkeiten wahrhaftig offenlegen würden, wenn der Planungsprozeß demokratisch wäre. Mitte der sechziger Jahre wurde in Polen ein Entwurf des zentral vorbereiteten Plans auf allen Ebenen diskutiert, bis hinab in einzelne Fabrikabteilungen. Mehrere Millionen Menschen nahmen daran teil. Der gesamte Output in der Folge dieser Diskussion war höher als ursprünglich angesetzt, allerdings war auch der verbrauchte Anteil des Nationalproduktes etwas höher. Die meisten Korrekturen waren rationalisierender Art. Die Arbeiter boten an, mehr als ursprünglich verlangt zu produzieren, wenn sie die erforderlichen Ressourcen bekommen würden. Die Partei entschied jedoch, die Parameter des korrigierten Planes zu überziehen, weil sie die Investitionsrate für unzureichend hielt. Meines Wissens ist dieses Experiment nie wiederholt worden. Vgl. Ostrowski/Przeworski (1965).
- 33 Vgl. die ungewöhnlich klare Formulierung bei Roemer (1989c).
- 34 Man könnte sich ein System denken, in dem der Planungsprozeß demokratisch in dem Sinne ist, daß politische Parteien konkurrierende Pläne anbieten (Castoriadis 1979). Sie könnten etwa mit Angeboten unterschiedlicher zeitlicher Präferenzen (oder Investitionsquoten) konkurrieren. Die Gruppierung mit den mittleren Präferenzen würde gewinnen und der entsprechende Plan durch die siegreiche Partei ausgearbeitet. Die Schwierigkeit mit diesem Vorschlag ist dieselbe wie bei jeder Wahlplattform: Nur rudimentäre Pläne könnten vom allgemeinen Publikum verstanden werden und die Probleme gesellschaftlicher Wahl würden ihr häßliches Haupt erheben.
- 35 Der Begriff »Mechanismus« kann mit Hilfe der Spieltheorie definiert werden. Nehmen wir an, der zentrale Planer wolle eine utilitaristische Nutzenfunktion maximieren. Wenn der Planer die Nutzenfunktionen aller Haushalte und die Produktionsfunktion aller Firmen kennt, wäre die Lösung seines Problems ein Vektor $y^*(x)$ aus Konsumgütern und Freizeit, wobei x ein Inputvektor sei. Ein ökonomischer Mechanismus implementiert diese Lösung, wenn er ein dezentrales Spiel darstellt, dessen Lösung, bei privatem Wissen über Nutzen- und Produktionsfunktionen, die Allokation $y^*(x)$ ist. Vgl. Hurwicz (1973).
- 36 John Roemer ist der Auffassung, daß die Prämissen und die pessimistischen Schlußfolgerungen der Implementationstheorie zu stark seien, da sie annimmt, der Planer wisse nichts. Tatsächlich braucht der Planer nicht die Eigenschaften bestimmter Individuen zu kennen; es mag ausreichen, daß die statistische Verteilung der Charakteristika bekannt ist. Bislang allerdings hat Roemer keinen dezentralen Mechanismus gefunden, der institutionell praktikabel wäre und keins der Axiome verletzen würde, die er für wünschenswerte Merkmale jeder dezentralen Implementation öffentlichen Eigentums hält. Vgl. eine Reihe neuerer Arbeiten, v.a. Roemer (1989c).
- 37 Einen neueren Überblick über derartige Studien und eine umfassende Sammlung von Statistiken bietet Bideleux (1985).

- 38 Die Einkommensunterschiede in der Sowjetunion und Ungarn sind etwas geringer als in den entwickelten kapitalistischen Ländern, aber durchaus vergleichbar mit Schweden und Japan. Vgl. zur Sowjetunion Bergson (1984); zu Ungarn Kornai (1986); zu Polen Wnuk-Lipinski (1989). Ein sowjetischer Ökonom hat vor kurzem klargestellt, daß der Anteil der Arbeiterlöhne am Bruttosozialprodukt 37 Prozent beträgt: weit unter dem in entwickelten kapitalistischen Ländern und ungefähr auf dem Niveau von Mexiko oder Venezuela. Viktor Zaslavsky (1987-88: 35) nennt Daten, wonach die Hälfte der Bankguthaben in der Sowjetunion von nur drei Prozent der Konten verbucht sind. Gemäß einem Interview im *Nouvel Observateur* (15.-21.6.1989: 99) betragen die Pro-Kopf-Ausgaben in den Spezialkrankenhäusern der Nomenklatura 111 Rubel am Tag, in gewöhnlichen Krankenhäusern 24 Rubel. Polen und die Sowjetunion sind im übrigen die einzigen Länder der Welt, in denen die Lebenserwartung im Laufe der letzten Jahre gesunken ist.
- 39 Vgl. die Tabellen in Polacy 88 (1989).
- 40 Ein Blick auf die Militärausgaben könnte zur Lösung des Rätsels beitragen, obwohl einschlägige Schätzungen bekanntlich unzuverlässig sind. Großzügigen Schätzungen zufolge gibt die Sowjetunion acht Prozent ihres Bruttosozialproduktes mehr aus als die Vereinigten Staaten. Bei einem Kapital/Output-Verhältnis von 4 ist dies gleichbedeutend mit einem Unterschied von zwei Prozent bei den Wachstumsraten.
- 41 Vgl. zum Thema »Gigantomanie« Zalyguine (1987).
- 42 Zwischen 1977 und 1983 fiel das Bruttosozialprodukt pro Kopf in Uruguay um 16 Prozent, in Argentinien um 12 Prozent, in Chile um 11 Prozent und in Brasilien um 9 Prozent. CEPAL-Daten, zit. n. Weffort (1989). In Polen fiel das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1978 und 1985 um 8 Prozent. In der Sowjetunion wurden 1985 nicht mehr Häuser gebaut als zwanzig Jahre vorher und das landwirtschaftliche Pro-Kopf-Produkt ist seit 1978 nicht gestiegen. Die Sterbequote stieg von 6,7 pro Tausend in den sechziger Jahren auf 10,6 im Jahr 1985, die Lebenserwartung bei Geburt sank von 70 auf 68 Jahre und die Kindersterblichkeit nahm zu. Vgl. Aganbegyan (1988).
- 43 Warum dies fast zur selben Zeit im kapitalistischen Süden und im sozialistischen Osten passiert ist, weiß ich nicht. Eine mögliche Erklärung ist die Schuldenlast, aber dieses Argument scheint nicht hinreichend. »Selbst wenn das Finanzkapital den Strick geliefert hat, mußte jemand anderer den Henker besorgen«, bemerkt Comisso (i. Ersch.) zu einer Reihe ökonomischer Stümpereien. Im übrigen kenne ich keine Studie, in der Wachstum und Schuldenlast korreliert werden. Comisso sieht die Ursache in den Konkurrenzblockaden in Form der zentralen Planung im Sozialismus und in Form der Monopolstellung staatlicher Unternehmen in den Ländern des kapitalistischen Südens. Die Gleichzeitigkeit des Kollapses deutet allerdings auf eine gemeinsame zugrundeliegende Ursache hin.
- 44 Die umfassendste Darstellung dieses Arguments ist Staniszkis (1984) zu verdanken, aber die gleichen Intentionen finden sich bei Wiatr (1989) und Abalkin (1988).
- 45 Eine hervorragende Analyse solcher Reformen und der Gründe ihres Scheiters bietet Asselain (o.J.). Vgl. auch Nove (1983) und Kornai (1986).
- 46 Ein polnischer Manager soll bemerkt haben: »Wir wissen, daß wir unabhängig sind, aber wer sagt uns, was wir produzieren sollen?« Vgl. Thurow (1986).
- 47 Vgl. Zaleski (1984) für ausgiebige empirische Evidenz. Zaleski (S. 615) kommt zu dem Schluß, daß »die Existenz eines zentralen, kohärenten und perfekten Plans, der aufgeteilt und dann auf allen Ebenen ausgeführt wird, tatsächlich nichts als ein Mythos ist. In jeder dirigierten Ökonomie finden sich unzählige Pläne in ständiger Entwicklung, die eindeutig erst ex post koordiniert werden, wenn sie schon in Marsch gesetzt sind«.
- 48 Ich behaupte nicht, daß der Planer keine Prioritäten haben könnte, die abwichen von dem Allokationsmuster von Produktionsmitteln, das erforderlich ist, um den Konsumgütermarkt ins Gleichgewicht zu bringen. Sozialistische Bürger könnten mittels eines demokratischen Mechanismus für eine Allokation von Konsumgütern votieren, die von jener abweicht, die sie qua Markthandeln generieren. Der Planer würde dann zurecht versuchen, dieses Ziel zu verwirklichen. Die Ökonomie insgesamt wird nicht ins Gleichgewicht kommen, wenn die Konsumgüterallokation über den Markt verläuft und die Produktionsgüter vom Planer verteilt werden, es sei denn, der Konsumgütermarkt würde durch indirekte staatliche Intervention modifiziert.
- 49 Dies ist keine Vorhersage über den zukünftigen Kurs sozialistischer Systeme. Ich glaube nicht, daß das zentralisierte Planungssystem einfach deshalb durch Märkte ersetzt werden wird, weil es nicht re-

- formiert werden kann. Der Prozeß des Übergangs vom Sozialismus zum Kapitalismus hat eine eigentümliche politische Dynamik: Da die Einführung von Märkten für die meisten Leute schmerzhaft ist, haben sie gute Gründe, und mit gleichzeitig fortschreitender Demokratisierung, effektive Mittel, dies zu verhindern.
- 50 Die ernsthafteste Infragestellung der Möglichkeit des Marktsozialismus ist ein Argument von Axel Leijonhufvud (1986: 219). Weil Maschinen spezialisierter sind als Arbeitskräfte, sind Firmen, die einen Kapitalpool bilden und Arbeitskräfte anheuern, effizienter als Firmen, die einen Arbeitskräftepool bilden und Maschinen pachten.
- 51 Bauer (1989) weist allerdings darauf hin, daß private Unternehmer, die in einem System bürokratischer Allokation tätig sind, davor gewarnt werden, sich unverhüllt profitorientiert zu verhalten, da die Preise, die sie verlangen können und die Höhe ihrer Einkommen politische Reaktionen provozieren könnten.
- 52 Es sei darauf hingewiesen, daß diese Behauptung nicht den Umkehrschluß zuläßt: einige gemischte Systeme könnten fürchterlich sein.
- 53 Weltbankdaten von 1985 für den Produktionssektor.
- 54 Bemerkenswert ist, daß in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Einkommen aus Eigentum und freiberuflicher Tätigkeit nicht den Hauptteil im oberen Fünftel der Haushaltseinkommen ausmachen. Dieser Anteil beträgt 17,3 % in den USA (das obere Fünftel bezieht 35,9 % aller Einkommen), 16,3 % in Kanada (33,2 % aller Einkommen), 7,5 % in Großbritannien (31,9 %), 4,8 % in Schweden (27,1 %) und 22,4 % in Norwegen (30,3 %), aber hier überwiegend aus freiberuflicher Tätigkeit. Vgl. Rainwater/Torrey/Smeeding (1989).
- 55 Gegenteiliger Ansicht sind u.a. Dahl (1985) und Bowles/Gintis (1986).
- 56 Nach dem auf die reale Kaufkraft umgerechneten Bruttosozialprodukt. Den konventionellen BSP-Daten der Weltbank zufolge ist sie fünfundsechzigmal höher.
- 57 Alle Daten stammen aus dem Development Report der Weltbank (1987). Mit Ausnahme der Verteilung der Haushaltseinkommen gelten sie für das Jahr 1985.
- 58 In den Ländern, für die Daten verfügbar sind, beträgt der Anteil absoluter Armut vor Steuern und Transferleistungen 5,6 % in Schweden, 5,8 % in der Schweiz, 7,4 % in Kanada, 8,3 % in der Bundesrepublik Deutschland, 11,8 % in Großbritannien, 12,7 % in den Vereinigten Staaten und 13,2 % in Australien. Vgl. Rainwater et al. (1989). Meine Behauptung gilt mit Vorbehalt, weil Daten zur Armut in den sozialistischen Ländern spärlich sind. Matthews (1986) zeigt, daß Armut in Ungarn, Polen und der Sowjetunion keine Seltenheit ist; Daten über die DDR sind kaum aufzutreiben.
- 59 Wichtig ist, daß die Regierungsmacht sozialistischer Parteien nicht ausreicht: Frankreich nach 1981 ist ein Beispiel dafür. Das statistische Material scheint in der Tat darauf hinzuweisen, daß die besten ökonomischen Leistungen unter den OECD-Mitgliedern von Ländern erzielt werden, in denen starke Gewerkschaften einhergehen mit sozialistischer Regierungsmacht, gefolgt von den Ländern, die schwache Gewerkschaften und bürgerliche Parteien an der Regierung haben. Diesen folgen Systeme, die starke Gewerkschaften mit dominierenden Rechtsparteien verbinden, oder umgekehrt. Vgl. Bruno/Sachs (1985); Hicks (1988); Lange/Garrett (1985).
- 60 Das besonders domige Problem besteht aus meiner Sicht darin, eine Theorie mit haltbaren Annahmen zur Technologie und zum technischen Fortschritt zu entwickeln, die gleichzeitig die dauerhaften Differenzen zwischen einzelnen Ländern erklären würde. Wenn zumindest ein Faktor variabel ist, führt die Annahme konstanter Produktionskoeffizienten zu dem Schluß, daß ein Land reich sei und alle anderen arm; geht man von konkaven Technologien aus, gelangt man zu der Folgerung, daß die Kluft zwischen den Ländern verschwinden würde; die Annahme wachsender Erträge auf bestimmte Anlagen ist mit dem empirischen Material nicht zu vereinbaren. Daher setzt ein Autor wie Lucas schließlich auf wachsende Erträge aufgrund externer Faktoren beim Humankapital: entweder werden bestimmte Individuen produktiver, wenn sie mit besser ausgebildeten Partnern zusammenarbeiten, oder bestimmte Prozesse sind effektiver, wenn sie mit anderen effektiven Prozessen verknüpft sind (Lucas 1988).
- 61 Einerseits scheint das historische Material darauf hinzudeuten, daß das Britische Empire seinen Kolonien Schaden zugefügt hat, ohne von ihnen zu profitieren. Andererseits hatten einige der erfolgreichsten kapitalistischen Länder, etwa Schweden, keine Kolonien. Die stärkste Evidenz gegen die Annahme indirekter Ausbeutungsmechanismen ist schließlich wiederum, daß die Wachstumsraten im globalen Vergleich stark kovariieren.

- 62 Vgl. eine ausführliche Version des folgenden in Przeworski (1989).
- 63 Vgl. Przeworski/Wallerstein (1988) für ein Argument, wonach Regierungen die Einkommensverteilung kontrollieren können, ohne die Investitionsrate zu reduzieren.
- 64 Die Antwort nähert sich den Auffassungen von Robert van der Veen und Philippe von Parijs (1986). Das folgende stützt sich auf meine Bemerkungen zu ihrem Artikel (Przeworski 1986). Allerdings war ich damals noch der Auffassung, der erforderliche Überfluß müsse »schwach«, nicht »stark« sein. Tatsächlich wird mehr benötigt als das Entwicklungsniveau eines »schwachen« Überflusses, das es erlauben würde, bei voller Auslastung aller Mittel die Grundbedürfnisse zu stillen.

Literatur

- Abalkin, Leonid (1988): Politico-economic bases of the radical reform of the economic mechanism, in: *Sovietskaia Ekonomicheskala Reforma: Poiski i Reshenia*, Moskau.
- Aganbegyan, Abel G. (Hg.) (1988): *Perestroika*, 1989, New York.
- Aganbegyan, Abel G. (1988): Economic Reforms, in: Ders., (Hg.).
- Arrow, Kenneth J. (1971): Political and Economic Evaluation of Social Effects and Externalities, in: Intrilligator, M.D. (Hg.), *Frontiers of Quantitative Economics*, Amsterdam
- Asselain, Jean-Charles (o.J.): *Planning and Profits in a Socialist Economy*
- Aumann, Robert J./Kurz, Mordecai (1977): Power and Taxes, in: *Econometria*, Vol. 45.
- Bauer, Tamas (1988): Hungarian Economic Reform in East European Perspektive, in: *Eastern European Politics and Societies*, Vol. 2, 418-432.
- Bauer, Tamas (1989): The unclearing market, in: Elster/Moene (Hg.).
- Becker, Gary S. (1976): Comment (on Peltzman), in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 19, 245-248
- Bergson, Abram (1984): Income Inequality Under Soviet Socialism, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 22, 1052-1100.
- Bideleux, Robert (1985): *Communism and Development*, London.
- Boutenko, Anatoli P. (1988): *Sovremennyi Sozializm: Aktualnyie Teoreticheskyie Problemi*, Moskau.
- Bowles, Samuel (1985): The Production Process in a competitive Economy, in: *American Economic Review*, Vol. 75, 16-37.
- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert (1986): *Democracy and Capitalism: Property, Community and the Contradictions of Modern Social Thought*, New York.
- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert (1989a): Power and Wealth in a Competitive Economy, Working Paper, Department of Economics, University of Massachusetts.
- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert (1989b): The Revenge of Homo Economicus: Post-Walrasian Economics and the Revival of Political Economy, Working Paper, Department of Economics, University of Massachusetts.
- Bruno, Michael/Sachs, Jeffrey (1985): *Economics of Worldwide Stagflation*, Cambridge.
- Bruszt, Laszlo (1988): Without US But For US? Political Orientation in Hungary in the Period of Late Paternalism, in: *Social Research*, Vol. 55, 43-77
- Buchanan, Allen (1985): *Ethics, Efficiency and the Market*, Totwa.
- Campbell, E. (1987): *Resource Allocation Mechanisms*, Cambridge.
- Castoriadis, Cornelius (1979): *Le Contenu du Socialisme*, Paris.
- Collard, David (1978): *Altruism and the Economy: A Study in Non-Selfish Economics*, Oxford.
- Comisso, Ellen (i. Ersch.): Crisis in Socialism or Crisis of Socialism, in: *World Politics*.
- Dahl, Robert (1985): *A Preface to Economic Democracy*, Berkeley.
- Dobb, Maurice (1969): *Welfare economics and the economics of socialism. Towards a commonsense critique*, Cambridge.
- Dunn, John (1984): *The politics of socialism. An essay in political theory*, Cambridge.
- Eatwell, John/Milgate, Murray/Newman, Peter (Hg.) (1989): *General Equilibrium*, New York.
- Elster, Jon (1975): *Optimism and Pessimism in the Discussion of the Standard of Living During the*

- Industrial Revolution in Britain*. Paper presented at the 14th International congress of Historical Sciences, San Francisco.
- Elster, Jon (1986): Self-realization in work and politics: the Marxist conception of good life, in: *Social Philosophy & Policy*, Vol. 3, 97-126.
- Elster, Jon (1989): From Here to There; or, Of Cooperative Ownership Is So Desirable, Why Are There So Few Cooperatives?, in: *Social Philosophy & Policy*, Vol. 6, 74-93.
- Elster, Jon/Moene, Karl Ove (Hg.) (1989): *Alternatives to Capitalism*, Cambridge.
- Elson, Diane (1988): Market Socialism or Socialization of the Market, in: *New Left Review*, Vol. 172. (Deutsch in diesem Heft)
- Fischer, Franklin M. (1989): Adjustment processes and stability, in: Eatwell et al. (Hg.).
- Garrett, Geoffrey/Lange, Peters (1985): The Politics of Growth: Strategic Interaction and Economic Performance in the Advanced Industrial Democracies, in: *Journal of Politics*, Vol. 47, 792-827.
- Hahn, F.H. (1989): Auctioneer, in: Eatwell et al. (Hg.).
- Hicks, Alexander (1988): Social Democratic Corporatism and Economic Growth, in: *Journal of Politics*, Vol. 50, 677-704.
- Hurwicz, Leo (1973): The Design of Mechanisms For Resource Allocation, in: *American Economic Review*, Vol. 63.
- Kalyvas, Stathis N. (1989): The politics of nationalization and privatization in Great Britain, unv. Ms., University of Chicago.
- Kirzner, Israel M. (1988): Some ethical implications for Capitalism of the Socialist Calculation Debate, in: *Social Philosophy and Policy*, vol. 6, 165-183.
- Kornai, Janos (1986): The Hungarian Reform Process, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 24, 1687-1738.
- Kolarska-Bobinska, Lena (1988): Social Interests, Egalitarian Attitudes, and the Change of Economic Interests, in: *Social Research*, Vol. 55, 111-139.
- Lancaster, Kevin (1973): The Dynamic Inefficiency of Capitalism, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 81, 1098-1109.
- Lavoie, Daniel (1985): *Rivalry and Central Planning. The Socialist Calculation Debate Revisited*, Cambridge.
- Leijonhufvud, Axel (1985): Capitalism and the factory system, in: Langlois, Richard M. (Hg.), *Economics as a process*, Cambridge.
- Levhari, D./Mirman, L.J. (1980): The Great Fish-War: An Example Using the Cournot-Nash Solution, in: *Bell Journal of Economics*, Vol. 11, 322-324.
- Lucas, Rober E. Jr. (1988): On the Mechanics of Economic Development, in: *Journal of Monetary Economics*, Vol. 22, 3-42.
- Matthews, Mervyn (1986): *Poverty in the Soviet Union*, Cambridge.
- Mellor, Hohn. W./Johnston, Bruce F. (1984): The World Food Equation: Interrelations Among Development, Employment and Food Consumption, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 22, 531-575.
- Moatti, Gerard (1989): Les jeunes deviennent capitalistes, in: *L'Expansion*, 18. Mai.
- Moene, Karl Ove (1989): Strong unions or worker control?, in: Elster/Moene (Hg.).
- Nove, Alec (1983): *The Economics of Feasible Socialism*, London
- O'Neill, John (1989): Markets, Socialism, and Information: a Reformulation of a Marxian Objection to the Market, in: *Social Philosophy & Policy*, Vol. 6, 200-211.
- Petrakov, Nikolai/Yassine, Evgueni (1988): Economic methods of planned centralised management, in: *Sovietskaia Ekonomitsheskaia Reforma: Poiski i Reshenia*, Moskau.
- Przeworski, Adam (1985): *Capitalism and Social Democracy*, Cambridge.
- Przeworski, Adam (1989): *The State and the Economy Under Capitalism*, Paris.
- Przeworski, Adam/Ostrowski Krzystof (1965): Trade Unions and Economic Planning in Poland, in: *Polish Round Table*, Vol. 1.
- Przeworski, Adam/Wallerstein, Michael (1982): The Structure of Class Conflict Under Democratic Capitalism, in: *American Political Science Review*, Vol. 76, 215-238.
- Przeworski, Adam/Wallerstein, Michael (1988): Structural Dependence of the State on Capital, in: *American Political Science Review*, Vol. 82, 11-31.
- Putterman, Louis (1986): On some recent explanations of why capital hires labor, in: Ders., (Hg.), *The*

Economic Nature of the Firm, Cambridge.

- Rainwater, Lee/Torrey, Barbara/Smeeding, Timothy (1989): Poverty and Low Incomes: International Evidence from Household incomes, unv. Ms.
- Roemer, John (1989): Public ownership and private property externalities, in: Elster/Moene (Hg.).
- Roemer, John (1989a): A Public Ownership Resolution of the Tragedy of the Commons, in: *Social Philosophy & Policy*, Vol. 6, 74-93.
- Roemer, John (1989b): Incentives and Agency in Socialist Economies, Working Paper #339, Department of Economics, University of California at Davis.
- Roemer, John (1989c): Decentralization, Duplicity, and Inimal Equity, unveröff. Ms., University of California at Davis.
- Saunders, Peter/Klau, Friedrich (1985): *The Role of the Public Sector: Causes and Consequences* (Sonderband OECD Economic Studies).
- Shapiro, Daniel (1989): Reviving the Socialist Calculation Debate: A Defense of Hayek Against Lange, in: *Social Philosophy & Policy*, Vol. 6, 139-160.
- Staniszki, Jadwiga (1984): *Poland's Self-Limiting Revolution*, Princeton.
- Thurow, Roger (1986): Poland Finds Economic »Reforms« Don't Necessarily Produce Results, in: *Wall Street Journal*, 27.2.
- Van Parijs, Philippe (1986): A Capitalist Road to Communism, in: *Theory and Society*, Vol. 15, 635-657.
- Ward, Benjamin (1957): The Firm in Illyria: Market Syndicalism, in *American Economic Review*, Vol. 48, 566-589.
- Weffort, Francisco (1989): Incertezas da transicao na America Latina, in: *Lua Nuova*, No. 16, 5-47.
- Wiatr, Jerzy J. (1989): Socjalizm a historyczna koniecznosc reform, in: *Polska Szansa*, Krakow.
- Wnuk-Lipinsky, Edmund (1989): Nieronosci, deprywacie, i przywileje jako podloze konfliktu społecnego, in: *Polacy 88. Dynamika Konfliktu a Szanse Reform*, Warschau.
- Zaleski, Edward (1984): *La Planification Stalinienne: Croissance et Fluctuations Economiques en URSS* (1933-1953), Paris.
- Zalyguine, Serguei (1989): Le »projet dur siècle«: détournement des fleuves, détournement de la science par la bureaucratie, in: *Les Temps Modernes*, No. 42, 171-192.
- Zaslavskaya, Tatyana I. (1988): Friends or Foes? Social Forces Working For and Against Perestroika, in: *Aganbengyan* (Hg.).
- Zaslavsky, Victor (1987-88): Three Years of Perestroika, in: *Telos*, Vol. 74.